

Hans Rattinger

Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953 - 1990

1. Einleitung

"Wer wählt wen?" ist die erste Grundfrage der Wahlforschung. Zum Wahlverhalten verschiedener Altersgruppen hat der unterlegene Kanzlerkandidat der SPD nach der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 folgendes festgestellt: Seine Partei werfe nicht nur die wichtigen Fragen der Zukunft auf und sei zu ihrer Lösung kompetenter als andere, sondern jüngere Wähler neigten ihr auch in besonders hohem Maße zu. Der behauptete Unterschied in der Altersstruktur der Wählerschaften der deutschen Parteien läßt sich in der Tat feststellen. In der ersten Welle der "Wahlstudie 1987"¹ lag das mittlere Lebensalter der wahlberechtigten Befragten bei repräsentativer Gewichtung bei 46,4 Jahren. Das Durchschnittsalter der Unionswähler betrug genau fünfzig Jahre, der SPD-Wähler 45,6, der FDP-Wähler 47,9 und der Wähler der Grünen 30,5 Jahre. Die Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen am 2. Dezember 1990 ergab, daß 32,7 Prozent der Unionswähler, 23,7 Prozent der SPD-Wähler, 23,9 Prozent der FDP-Wähler sechzig Jahre und älter waren, aber nur 3,5 Prozent derjenigen, die für die Grünen gestimmt hatten. Unter dreißig Jahre alt waren 16,6 Prozent der Unionswähler, 23 Prozent der SPD-Wähler, 17,9 Prozent der FDP-Wähler und schließlich 42,7 Prozent der Wähler der Grünen².

Mit der Aussage, jüngere Wähler "gehörten" gewissermaßen eher der SPD, wollte der saarländische Ministerpräsident sicher auf solche im Querschnitt erkennbaren Unterschiede in den Altersstrukturen der Wählerschaften der einzelnen Parteien aufmerksam machen. Wahrscheinlich wollte er aber auch eine Erwartung für die Zukunft formulieren, etwa nach der Devise: "Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft." Diese Folgerung ist jedoch (je nach politischem Standpunkt leider oder glücklicherweise) unzulässig. Sie setzt nämlich voraus, daß die zu einem bestimmten Zeitpunkt "jüngeren" Wähler ihr Wahlverhalten nicht ändern, wenn sie älter werden. Die Tatsache, daß die berichteten Unterschiede im Wahlverhalten verschiedener Altersgruppen schon seit längerer Zeit feststellbar sind, deutet je-

1 Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Studien-Nr. 1537, N=1954.

2 Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Mannheim, Nr. 61. Die Angaben beziehen sich auf das Wahlgebiet West, also die "alten" elf Bundesländer einschließlich West-Berlin.

doch darauf hin, daß die Neigung der Wähler zu konservativen Parteien zunimmt, wenn sie älter werden. Wenn das so ist, dann hängt, wem "die Zukunft gehört", davon ab, welcher Effekt stärker ist, die Verschiebung der Parteipräferenzen im Zuge des Älterwerdens oder die Ergänzung der Wählerschaft um neue Altersjahrgänge von Erstwählern, die systematisch (eine) bestimmte Partei(en) präferieren. Der Saldo dieser Effekte hängt überdies zentral von der Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung der Wählerschaft im zeitlichen Ablauf ab. Bei einem relativ milden Alterungseffekt zugunsten einer bestimmten Partei und starker Aversion der Jungwähler gegen dieselbe Partei kann sich ohne weiteres ein positiver Gesamtsaldo ergeben, wenn die neu in die Wählerschaft tretenden Jahrgänge im Vergleich zu früheren Jahrgängen sehr schwach besetzt sind; nach dem Alter unterschiedliche Wahlbeteiligung kann ihn sogar noch verstärken.

Wem die Zukunft gehört, hängt mithin ab von den relativen Gewichten von Alters- und Kohorteneffekten auf das Wahlverhalten unter Berücksichtigung demographischer Veränderungen des Elektorats. Um diese Frage beantworten zu können, reicht die methodisch unbedarfte Interpretation einiger Querschnittsbefunde nicht aus. Vielmehr müssen diese verschiedenen Effekte anhand von für einen längeren Zeitraum vorliegenden Daten halbwegs zuverlässig geschätzt werden. Ein solcher Versuch auf der Grundlage der Daten der repräsentativen Wahlstatistik bis 1990 soll in diesem Beitrag dargestellt werden. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen: Zuerst wird das verfügbare Datenmaterial beschrieben. Danach präsentieren wir die Ergebnisse über die relative Gewichtung der verschiedenen demographischen Effekte zunächst auf die Wahlbeteiligung und dann auf die Stimmenanteile der Parteien. Erst dann ist es möglich, von der Querschnittsbetrachtung zur dynamischen Analyse überzugehen und zu ermitteln, welche Bedeutung diese Effekte von einer Bundestagswahl zur nächsten gehabt haben. Der letzte Schritt der Analyse wird der Versuch einer Prognose bis in das Jahr 2006 sein. Erst dabei wird sich herausstellen, ob die Zukunft wirklich aufgrund von Alters- und Generationeneffekten und demographischen Umschichtungen einer bestimmten Partei "gehört" - und welche das ist.

2. Die Daten

In diesem Beitrag werden die Daten der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 ausgewertet. Es handelt sich dabei um eine Besonderheit der deutschen Wahlstatistik. Sie kommt dadurch zustande, daß in zufällig ausgewählten Stimmbezirken, in denen in der Regel zwischen 3,5 und vier Prozent der Wahlberechtigten leben, die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe

nach dem Alter und dem Geschlecht ausgezählt werden³. Ermöglicht wird dies durch Unterscheidungsaufdrucke auf den Stimmzetteln für die einzelnen Wählergruppen. Seit 1972 wird die Wahlbeteiligung in zehn und die Stimmabgabe in fünf Altersgruppierungen erfaßt⁴. Aufgrund des sehr hohen Stichprobenumfangs spielen Stichprobenfehler praktisch keine Rolle, ferner handelt es sich bei den Daten der repräsentativen Wahlstatistik nicht um Umfragedaten, sondern um Ergebnisse der Auszählung der tatsächlich abgegebenen Stimmzettel. Validitätsprobleme der Messung, beispielsweise die mangelnde Bereitschaft, sich im Interview zur Wahl einer bestimmten Partei zu bekennen, existieren damit nicht.

Die Daten der repräsentativen Wahlstatistik wurden mehrfach genauer beschrieben und in Auszügen abgedruckt⁵, ferner wurden sie verschiedentlich zur Kontrolle und Korrektur von Umfragebefunden genutzt⁶. Darüber hinaus wurden sie jedoch erstaunlicherweise kaum größeren und über die reine Deskription hinausgehenden Auswertungen unterzogen (einige der wenigen Ausnahmen sind Hofmann-Göttig und Metje⁷), obwohl sie sich beispielsweise hervorragend zur Analyse des Stimmensplittings eignen würden. Eine systematische Schätzung von Perioden-, Kohorten- und Alterseffekten auf Wahlbeteiligung und Stimmabgabe unter Verwendung des kohortenanalytischen Modells, wie sie hier beabsichtigt ist, wurde unseres Wissens mit diesem Material noch niemals versucht.

Aus den Daten der repräsentativen Wahlstatistik wurde für die Zwecke dieser Untersuchung ein Datensatz gebildet, der nun zunächst kurz zu charakterisieren ist. Für jede der elf fraglichen Bundestagswahlen wurden jedem Lebensalter oberhalb der Wahlberechtigungsgrenze bis einschließlich neunzig Jahren die Werte für Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (insgesamt und getrennt nach Männern und Frauen) derjenigen Altersgruppe zugeordnet, in welche das jeweilige Lebensalter fällt. Die Obergrenze von neunzig Jahren ergibt sich daraus, daß die Bevölkerungsstatistik in der Bundesrepublik ab diesem Alter in eine Kategorie "neunzig Jahre und älter" zusammengefaßt ist; neunzig Jahre steht also auch in unserem Datensatz für eine derartige Kategorie. Diese Datensätze für die einzelnen

3 Zur genaueren Darstellung von Verfahren und Ergebnissen s. Statistisches Bundesamt, *Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990*, Heft 4: *Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter*, Stuttgart: Metzler-Poeschel 1991.

4 Die Intervallgrenzen bei der Wahlbeteiligung sind 21, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60 und 70 Jahre (jeweils ab einschließlich ... Jahre und älter), bei der Stimmabgabe sind die Intervallgrenzen 25, 35, 45 und 60 Jahre (jeweils ab einschließlich ...).

5 Vgl. Eckhard Jesse, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 6/1975, S. 310-322; ders., Die Bundestagswahlen von 1972 bis 1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: ebd., 18/1987, S. 232-242.

6 Vgl. z.B. Hans Rattinger/D. Ohr, Wahlprognosen in einer Welt ohne Stichprobenfehler, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M.: Lang 1989, S. 282-331.

7 Vgl. Joachim Hofmann-Göttig, *Die jungen Wähler*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1984; Matthias Metje, Die Beteiligung von Frauen und Männern an Bundestagswahlen: Eine Untersuchung der Alters- und Generationseffekte, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22/1991, S. 358-376.

Bundestagswahlen wurden aneinandergelagert, so daß die Gesamtfallzahl 788 beträgt: Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1969 sind bei Wahlberechtigung ab 21 Jahren jeweils siebzig Fälle enthalten, für die folgenden sechs Bundestagswahlen 1972 bis 1990 bei Wahlberechtigung ab 18 Jahren jeweils 73 Fälle.

Zur Erfassung der Generations- oder Kohortenzugehörigkeit wurde vom jeweiligen Wahlzeitpunkt das um 0,5 erhöhte Lebensalter subtrahiert, um den mittleren Geburtszeitpunkt der bei einer bestimmten Wahl in einem bestimmten Alter befindlichen Personen anzunähern. Dabei wird natürlich angenommen, daß die Häufigkeit von Geburten über das Kalenderjahr halbwegs gleichmäßig verteilt ist. Da der so geschätzte mittlere Geburtszeitpunkt eine lineare Funktion des Lebensalters ist, bringt er keine zusätzliche Information und kann in kohortenanalytische Modellschätzungen nicht ohne weiteres unmittelbar einbezogen werden. Deshalb wurden anschließend jeweils zehn Geburtszeitpunkte zu einem Geburtsjahrzehnt zusammengefaßt: Von in den 1860ern, 1870ern usw. bis zu in den 1970er Jahren geborenen Personen.

Mit dem Lebensalter und der Geburtsdekade werden Alters- und Kohorteneffekte auf Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien schätzbar. Darüber hinaus kennt das kohortenanalytische Grundmodell noch Periodeneffekte, also solche Effekte, die in einem bestimmten Zeitpunkt auf alle Personen unabhängig von ihrer Kohortenzugehörigkeit und ihrem Lebensalter gleichförmig wirken⁸. Solche Periodeneffekte könnten als Funktion des Wahlzeitpunktes modelliert werden, was jedoch lineare oder Trends höherer Ordnung voraussetzt. Realistischer ist die Annahme von jeweils wahlspezifischen Effekten, die nicht notwendigerweise irgendwelchen Trends unterliegen. Um solche Periodeneffekte zu erfassen, wurde für jede Bundestagswahl eine Dummy-Variable gebildet, die im Datensatz für alle zu einer bestimmten Bundestagswahl gehörigen Fälle den Wert eins und ansonsten den Wert Null hat.

Für die Durchführung von Kohortenanalysen mit diesem Datensatz sind Gewichtungen unerlässlich. Die einzelnen Altersstufen sind entsprechend der Bevölkerungspyramide sehr ungleich besetzt. Analysen der Wahlbeteiligung müssen durch die Zahl der im jeweiligen Alter befindlichen Wahlberechtigten gewichtet werden, Analysen der Stimmenanteile der Parteien durch die Zahl der im jeweiligen Alter befindlichen Wähler. Um solche Gewichtungen zu ermöglichen, wurden die den jeweiligen Wahlzeitpunkten nächstliegenden Jahresenddaten über die Verteilung der bundesdeutschen Bevölkerung (insgesamt, Männer und Frauen) auf die einzelnen Altersjahre in den Datensatz eingespielt. Zur Gewichtung sind diese Bevölkerungsdaten unmittelbar noch nicht verwendbar, weil die Gesamtzahl der Wahlberechtigten sich im Untersuchungszeitraum nicht unbeträchtlich verändert hat. Bei Gewichtung durch die rohen Bevölkerungszahlen würde also eine

8 Zur Problematik und Methodologie der Kohortenanalyse s. z.B. Philip E. Converse, *The Dynamics of Party Support: Cohort Analyzing Party Identification*, Beverly Hills: Sage 1976; Norval D. Glenn, Cohort Analysis, in: *Quantitative Applications in the Social Sciences*, Nr. 5, Beverly Hills: Sage 1977; W.M. Mason/S.E. Fienberg (Hrsg.), *Cohort Analysis in Social Research*, New York: Springer 1985.

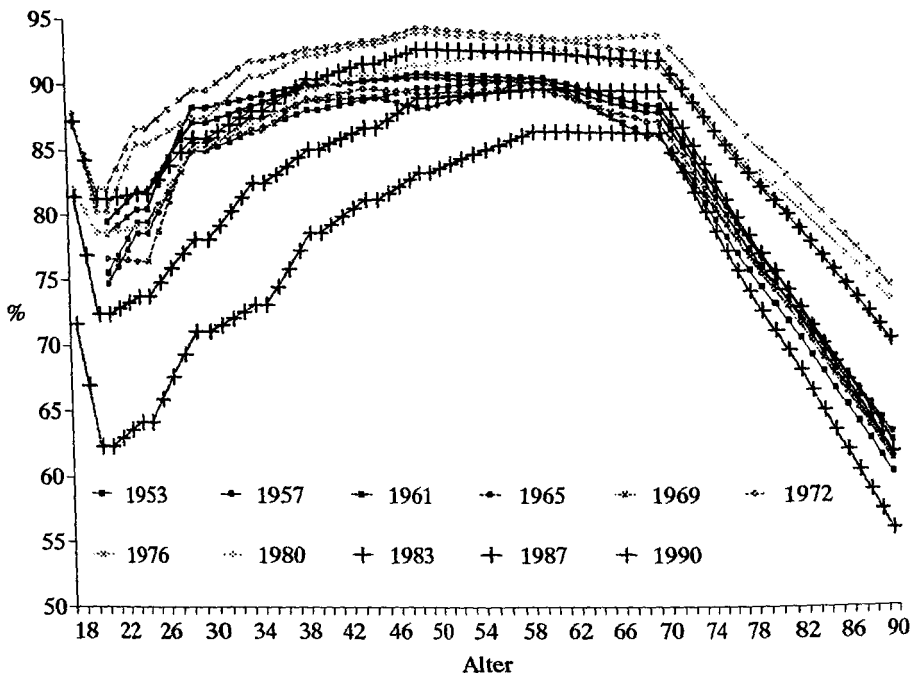
Bundestagswahl mit einer höheren Absolutzahl von Wahlberechtigten stärker in die Schätzungen eingehen als eine Bundestagswahl mit weniger Wahlberechtigten. Deshalb wurde für jede Wahl die mittlere Besetzung der Altersjahre berechnet, und die Bevölkerungszahlen der einzelnen Altersjahre wurden durch diesen Mittelwert dividiert. Die so berechneten Gewichte, die für alle Analysen der Wahlbeteiligung angewandt wurden, haben für jede Wahl einen Mittelwert von eins.

Für die Analyse der Stimmenanteile der Parteien wird die Zahl der Wähler der einzelnen Altersjahre als Grundlage der Gewichtung benötigt. Diese könnte man berechnen durch Multiplikation der Bevölkerung des jeweiligen Lebensalters mit der Wahlbeteiligung laut repräsentativer Wahlstatistik. Dies würde jedoch zu erheblichen Fehlern führen, weil diese Wahlbeteiligungsdaten aufgrund der Gruppierung in Alterskategorien eine Treppenfunktion des Lebensalters darstellen. Bei mittlerem Lebensalter, wo die Wahlbeteiligung sich nur gering verändert, wäre dies kein Problem, wohl aber angesichts des bekannten Anstiegs der Wahlbeteiligung im ersten Jahrzehnt der Wahlberechtigung oder des deutlichen Abfalls im hohen Alter. Bei Verwendung der Werte der Treppenfunktion würde davon ausgegangen werden, daß siebzigjährige Personen dieselbe Wahlbeteiligung haben wie neunzigjährige und ältere.

Deshalb wurde für die Berechnung der Wählerzahlen die Wahlbeteiligung jedes Altersjahres wie folgt angenähert oder "interpoliert": Zunächst wurde für jede Altersklasse der repräsentativen Wahlstatistik der Wahlbeteiligung das gewichtete mittlere Lebensalter berechnet. Danach wurden für die in der Mitte der Verteilung gelegene Altersklasse von diesem mittleren Alter aus die Veränderungen der Wahlbeteiligung zur jeweils unten und oben benachbarten Altersklasse ermittelt. Dann wurde angenommen, daß innerhalb dieser in der Mitte gelegenen Altersklasse die Veränderung der Wahlbeteiligung als arithmetisches Mittel der Veränderungen gegenüber den oben und unten benachbarten Altersklassen angenähert werden kann. Anschließend wurden in einem rekursiven Verfahren Näherungswerte für die einzelnen Altersjahre in den oben und unten benachbarten Altersklassen dergestalt bestimmt, daß der Kurvenverlauf durch das jeweilige gewichtete mittlere Alter gezwungen und angenommen wurde, daß die Wahlbeteiligungen in zwei benachbarten Altersjahren, die verschiedenen Altersklassen angehören, identisch sind.

Auf diese Weise erhält man hochgradig plausible Verteilungen der Wahlbeteiligung über die einzelnen Altersjahre hinweg, welche dem Kriterium genügen, daß die mit den Bevölkerungszahlen gewichtete mittlere Wahlbeteiligung in den einzelnen Altersklassen mit dem jeweiligen Wert der repräsentativen Wahlstatistik identisch sein muß (Abbildung 1). Durch Multiplikation dieser approximierten Wahlbeteiligung je Lebensalter mit der dazugehörigen Bevölkerungszahl kann die Absolutzahl der Wähler jedes Altersjahres geschätzt werden. Aus diesen Werten können dann analog zu dem oben beschriebenen Verfahren Gewichte für die Analysen der Stimmenanteile der Parteien berechnet werden, welche dafür sorgen, daß

Abbildung 1: Genäherte Wahlbeteiligung nach Lebensalter



der für jede einzelne Wahl spezifische Verlauf der Wahlbeteiligung nach dem Alter durch Gewichtung berücksichtigt wird und jede Wahl mit gleichem Gewicht in die Modellschätzung eingeht.

Dieser aus der repräsentativen Wahlstatistik und der Bevölkerungsstatistik erstellte Datensatz weist die folgenden Beschränkungen und Probleme auf:

1. Der Datensatz (und deshalb die Analyse) ist beschränkt auf die "alte" Bundesrepublik ohne West-Berlin. Für die Bundestagswahl 1990 liegen die Daten der repräsentativen Wahlstatistik für die ganze Bundesrepublik vor, aber mit nur einem Meßzeitpunkt sind natürlich Kohortenanalysen für Berlin und die neuen Länder unmöglich.
2. Bei der Bundestagswahl 1953 nahmen Bayern, Rheinland-Pfalz und natürlich das Saarland nicht an der repräsentativen Wahlstatistik teil, bei der Bundestagswahl 1957 fehlte noch das Saarland.
3. Da die repräsentative Wahlstatistik in Stimmbezirken durchgeführt wird, enthält sie die Briefwähler grundsätzlich nicht. Weil deren Anteil deutlich zugenommen hat, könnte dies dann eine Fehlerquelle sein, wenn das Wahlverhalten der Briefwähler systematisch andere Kohorten-, Alters- und Periodeneffekte aufweist als sie bei denjenigen Wählern bestehen, die ihre Stimme persönlich im Wahllokal abgeben.

4. Aufgrund der Verfügbarkeit der Bevölkerungsstatistik werden die Personen, die über neunzig Jahre alt sind, so behandelt, als wären sie neunzig Jahre alt. Wegen der geringen Fallzahl dürfte dies von geringer Bedeutung sein.
5. Die verfügbare Bevölkerungsstatistik zum jeweiligen Jahresende enthält die Einwohner von West-Berlin, die bei den Bundestagswahlen vor 1990 noch nicht wahlberechtigt waren. Bei Abweichung der Altersstruktur zwischen West-Berlin und dem übrigen "alten" Bundesgebiet können dadurch geringfügige Fehler auftreten.
6. Die verfügbare Bevölkerungsstatistik enthält ebenfalls die nicht wahlberechtigten ausländische Wohnbevölkerung. Aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern können dadurch Fehler entstehen, zumal sich der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über die Zeit hinweg deutlich verändert hat.

3. Alters-, Kohorten- und Periodeneffekte auf die Wahlbeteiligung

Für die Schätzung von Alters-, Kohorten- und Periodeneffekten auf die Wahlbeteiligung wurden die genäherten Wahlbeteiligungsquoten in den einzelnen Altersjahren verwandt (Abbildung 1). Dabei wurde wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt wurden die Wahlbeteiligungsquoten (insgesamt und für Männer und Frauen) auf die Dummy-Variablen für die einzelnen Bundestagswahlen und für die einzelnen Geburtsdekaden regrediert. Im zweiten Schritt wurden das Lebensalter und verschiedene Transformationen des Lebensalters schrittweise in die Regression einbezogen, so daß nur solche Altersvariablen in das Modell Eingang fanden, die eine statistisch signifikante Erklärungsleistung besitzen (bei den eingeführten Transformationen handelt es sich um die zweite bis fünfte Potenz des Alters, ferner um die Quadratwurzel, den natürlichen Logarithmus, die Exponentialfunktion und den Arcustangens des Alters). Die Residuen des Endmodells wurden gespeichert und nochmals auf das Lebensalter und die genannten Transformationen des Alters regrediert, wobei diese Altersvariablen zuvor alle mit dem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl 1953 multipliziert worden waren. Dergestalt kann ermittelt werden, ob sich der Alterseffekt über die Zeit hinweg systematisch verändert hat. Eine gleichzeitige Schätzung einer solchen möglichen Modifikation des Alterseffekts über die Zeit im ersten Analyseschritt ist aufgrund der Multikollinearität, die dem kohortenanalytischen Ansatz notwendigerweise anhängt, unmöglich. Bei einer simultanen Schätzung von Kohorteneffekten und zeitabhängigen Alterseffekten würden letztere einen großen Teil der Erklärungskraft der Kohortenzugehörigkeit an sich ziehen. Deshalb ist es notwendig, bei der

Schätzung eines zeitabhängigen Alterseffekts den Kohorteneffekt gewissermaßen zu fixieren.

Tabelle 1: Erklärungskraft von Alters-, Kohorten- und Periodeneffekten für die Wahlbeteiligung ($R^2 \cdot 1000$)

	Gesamt	Männer	Frauen
Nur Bundestagswahl-Dummies	336	337	304
Nur Kohorten-Dummies	473	559	463
Nur Bundestagswahl- und Kohorten-Dummies	673	761	659
Zusätzlich Altersvariablen	926	917	936
Anstieg R^2	253	156	277
R^2 Residuen-Regressionen auf zeitabhängige Altersvariablen	014	025	011
Anstieg R^2 durch zeitabhängige Altersvariablen	001	002	001
Endmodell	927	919	937

Die Ergebnisse dieser Schätzungen sind in den Tabellen 1 und 2 und den Abbildungen 2 und 3 wiedergegeben. Tabelle 1 zeigt, daß alle drei Effekte sehr stark auf die Wahlbeteiligung wirken. Perioden- und Kohorteneffekte zusammen erklären über zwei Drittel der Varianz in der gesamten Wahlbeteiligung, bei den Männern sind es noch deutlich mehr. Durch die Berücksichtigung des Alterseffekts nimmt die erklärte Gesamtvarianz auf weit über neunzig Prozent zu. Der zeitabhängige Alterseffekt dagegen führt kaum zu einer zusätzlichen Varianzreduktion.

Mithin ist davon auszugehen, daß der Prozeß des Älterwerdens über die Geschichte der "alten" Bundesrepublik hinweg sich ziemlich gleichförmig auf die Wahlbeteiligung ausgewirkt hat.

**Tabelle 2: Nettoeffekte Periode und Kohorten auf die Wahlbeteiligung
(Abweichung vom Gesamtmittel in Prozentpunkten)**

Nettoeffekt Periode			
Jahr	Gesamt	Männer	Frauen
1953	.0	.3	-.3
1957	1.2	1.8	.6
1961	.7	1.1	.2
1965	-1.1	-.4	-1.6
1969	-1.1	-.6	-1.5
1972	4.1	3.9	4.3
1976	3.9	3.3	4.2
1980	1.4	.9	1.9
1983	2.4	1.9	2.9
1987	-2.7	-2.9	-2.5
1990	-8.8	-9.3	-8.2

Nettoeffekt Kohorten			
Geburts- dekade	Gesamt	Männer	Frauen
1860	-7.2	-3.8	-14.2
1870	-6.3	-3.1	-10.1
1880	-3.5	-1.4	-4.7
1890	-1.6	-1.3	-1.5
1900	-.7	-1.2	-.2
1910	.3	.2	.5
1920	1.5	1.4	1.5
1930	1.4	1.0	1.6
1940	.6	.1	1.2
1950	-.9	-.6	-1.2
1960	-2.8	-1.8	-4.4
1970	-3.0	-2.3	-5.5

Fortsetzung Tabelle 2

Mittlerer Nettoeffekt Kohorten

Jahr	Gesamt	Männer	Frauen
1953	-.6	-.4	-.8
1957	-.3	-.1	-.4
1961	.0	.1	.0
1965	.2	.2	.3
1969	.4	.2	.5
1972	.3	.2	.5
1976	.3	.2	.5
1980	.2	.1	.2
1983	.0	.0	.1
1987	-.2	-.2	-.3
1990	-.4	-.3	-.6

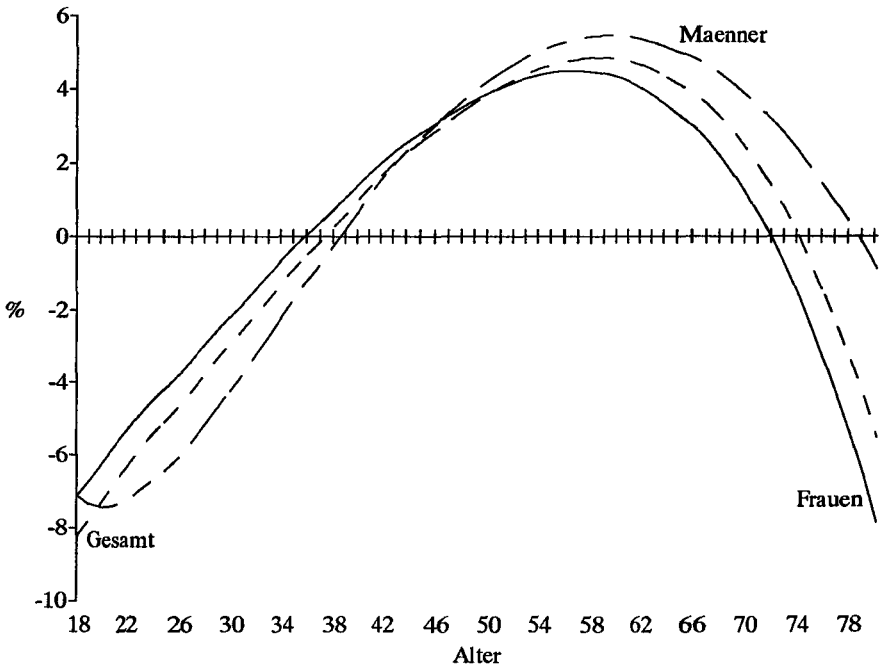
In Tabelle 2 sind die Nettoeffekte der Periode und der Kohortenzugehörigkeit dargestellt. Sie werden errechnet, indem der jeweilige Bestandteil des geschätzten Regressionsmodells über Wahljahre bzw. Geburtsdekaden gewichtet gemittelt und davon das gewichtete Gesamtmittel subtrahiert wird. Die Ergebnisse zeigen, daß die Periodeneffekte sich zwischen Männern und Frauen nicht wesentlich unterscheiden. Negative Periodeneffekte kennzeichneten die Bundestagswahlen von 1965 und 1969 und diejenigen von 1987 und 1990, positive Periodeneffekte waren bis 1961 und von 1972 bis 1983 wirksam, besonders stark 1972 und 1976. Hinsichtlich der Wahlfreudigkeit der einzelnen Kohorten unterscheiden sich Männer und Frauen viel deutlicher, vor allem die vor 1890 und ab 1960 geborenen. In diesen Kohorten liegt die Wahlteilnahme der Frauen deutlich niedriger als diejenige der Männer. Überdurchschnittlich wahlfreudig waren die ab 1910 und vor 1950 geborenen Personen. Diese Geburtsjahrgänge sind natürlich im Untersuchungszeitraum sehr stark in der Wählerschaft vertreten; bei den Bundestagswahlen von 1957 bis 1990 stellten sie stets mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten - bei einem Maximum von 72,3 Prozent im Jahre 1969⁹.

Wenn man die Nettoeffekte der Kohorten unter Berücksichtigung ihres Anteils an den Wahlberechtigten für die einzelnen Bundestagswahlen gewichtet mittelt, erhält man eine leicht verständliche Darstellung, welche Auswirkungen der Wandel der Zusammensetzung der Wahlberechtigten aus einzelnen Kohorten auf die

9 Der Anteil der 1910 - 1949 geborenen Personen an den Wahlberechtigten betrug 1953: 46,1 Prozent; 1957: 52,8; 1961: 60,8; 1965: 66,6; 1969: 72,3; 1972: 68,7; 1976: 66,1; 1980: 62,2; 1983: 60,2; 1987: 56,2; 1990: 52,4.

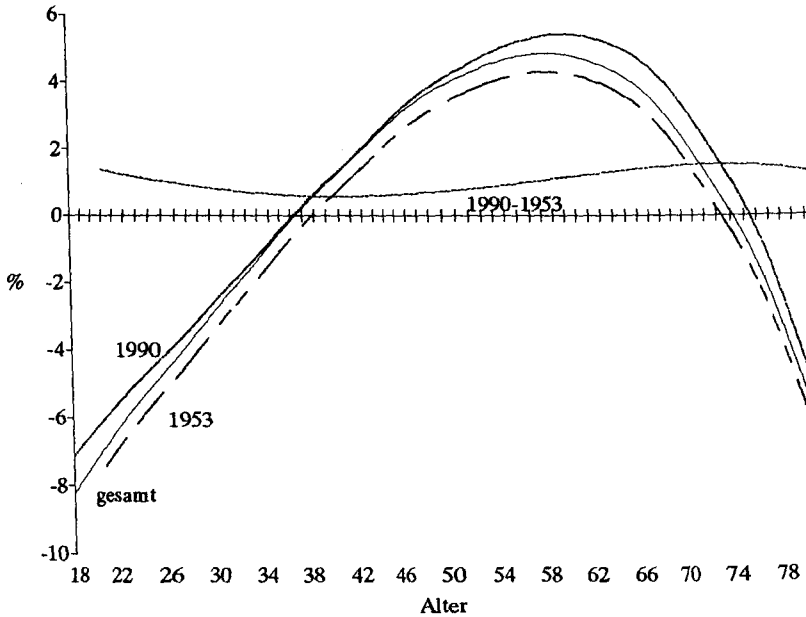
Wahlbeteiligung hatte (unterer Teil der Tabelle 2). Von 1953 nach 1969 nahm die Wahlbeteiligung allein dadurch zu, daß weniger wahlfreudige ältere Kohorten ausschieden und solche mit höherer Wahlbeteiligung nachrückten. Ab 1972 kehrte sich dieser Trend um, weil die jetzt älteren Kohorten mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung bereits wieder auszuscheiden begannen und die nachrückenden Jahrgänge, besonders die ab 1960 Geborenen, sich deutlich unterdurchschnittlich an der Wahl beteiligten.

Abbildung 2: Nettoeffekt Alter auf Wahlbeteiligung



Der reine Lebenszykluseffekt, also der Nettoeffekt des Lebensalters auf die Wahlbeteiligung, ist in Abbildung 2 dargestellt. Die Form dieser Beziehung, die einer nach unten geöffneten Parabel ähnelt, ist wohlbekannt. Zwischen Männern und Frauen besteht aber ein auffälliger Unterschied. Frauen beginnen in jungen Jahren mit einer weniger unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung als Männer und sie kommen eher zu überdurchschnittlichen Werten. Andererseits erreichen Frauen das Maximum der Wahlbeteiligung früher als Männer und haben dann auch schon deutlich eher wieder unterdurchschnittliche Wahlbeteiligungsraten, etwa ab 72 Jahren, während bei Männern erst ab etwa 79 Jahren die Wahlbeteiligung unter den Durchschnitt sinkt.

Abbildung 3: Zeitabhängiger Nettoeffekt Alter auf Wahlbeteiligung



Wie wenig sich der Lebenszykluseffekt auf die Wahlbeteiligung von 1953 nach 1990 verändert hat, zeigt Abbildung 3. Bei der Verlagerung der beiden Kurven gegenüber der Gesamtkurve handelt es sich vor allem um eine Parallelverschiebung, die durch die Veränderung der Altersstruktur zwischen den beiden Jahren bedingt ist. 1990 gab es im Vergleich zu 1953 relativ gesehen weniger Wahlberechtigte in mittlerem Lebensalter und einen höheren Anteil von älteren Wahlberechtigten. Die stärksten Abweichungen im Verlauf der beiden Kurven für 1953 und 1990 ergeben sich bei den ganz jungen Wahlberechtigten und bei denjenigen über etwa sechzig Jahren. Bei ersteren scheint von 1953 nach 1990 die lebenszyklisch bedingte Wahlabstinenz etwas abgenommen zu haben, bei letzteren hat sich die Beibehaltung einer hohen Wahlbeteiligung etwas in Richtung auf höheres Alter verschoben.

4. Alters-, Kohorten- und Periodeneffekte auf die Stimmenanteile der Parteien

Die Schätzung der verschiedenen Effekte auf das Abschneiden der Parteien erfolgte völlig analog zur oben geschilderten Vorgehensweise bei der Wahl-

beteiligung - mit dem einzigen Unterschied, daß die Originaldaten der repräsentativen Wahlstatistik als abhängige Variablen verwandt wurden (und nicht genäherte oder interpolierte Werte). Der Darstellung der Ergebnisse muß vorausgeschickt werden, daß die Entwirrung der verschiedenen Effekte auf den Erfolg der Grünen praktisch nicht möglich ist, obwohl das sicher besonders interessant wäre, zumal nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 1990. Da sie jedoch nur bei vier von elf untersuchten Bundestagswahlen kandidierten, ist eine zuverlässige Zerlegung von Alters- und Kohorteneffekten unmöglich.

Während bei der Wahlbeteiligung Kohorteneffekte sich als wesentlich stärker erwiesen als Periodeneffekte, sind die letzteren für das Abschneiden der Parteien mit Ausnahme der CDU/CSU mit Abstand am wichtigsten (Tabelle 3). Bei der SPD, der FDP und den in einer Kategorie zusammengefaßten sonstigen Parteien sind wahlspezifische Periodeneffekte für zwischen rund siebzig und achtzig Prozent der Varianz in den Stimmenanteilen verantwortlich. Nur bei den Unionsparteien spielen Periodeneffekte eine deutlich geringere Rolle. Die Kohorteneffekte sind am schwächsten bei der FDP ausgeprägt, mit Abstand am stärksten bei den Unionsparteien, wo sie für sich genommen insgesamt einen viel höheren Varianzanteil erklären als Periodeneffekte. Dabei ist ein sehr starker Unterschied zwischen den Geschlechtern festzustellen. Bei Männern hängt das Abschneiden der Union stärker von Periodeneffekten als von der Generationszugehörigkeit ab, bei den Frauen ist es genau umgekehrt. Verglichen damit sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Perioden- und Kohorteneffekten bei allen übrigen Parteien eher nur geringfügig.

Bei der Wahlbeteiligung nahm die Erklärungskraft des kohortenanalytischen Modells durch Einführung von Altersvariablen deutlich zu. Bei den Stimmenanteilen der Parteien ist das bei weitem nicht so stark der Fall. Am geringsten ist der Anstieg bei der SPD, gefolgt von den sonstigen Parteien, während bei FDP und Unionsparteien die Zunahme der durch das Lebensalter erklärten Varianz der Stimmenanteile recht kräftig ist und in der gleichen Größenordnung liegt. Noch weniger als bei der Wahlbeteiligung führt die zusätzliche Einbeziehung von zeitabhängigen Altersvariablen zu einem Anstieg der Erklärungskraft des Modells. Auch bei den Stimmenanteilen der Parteien kann man also davon ausgehen, daß der Alterseffekt über die Geschichte der "alten" Bundesrepublik hinweg relativ konstant geblieben ist und daß er Unionsparteien und FDP am stärksten betrifft, die SPD am wenigsten. Zur Illustration der Modellanpassung ist in Abbildung 4 für die CDU/CSU die Annäherung der Treppenfunktion der Originaldaten der repräsentativen Wahlstatistik durch die prognostizierten Werte des vollständigen kohortenanalytischen Modells für zwei Wahljahre (1953 und 1990) wiedergegeben.

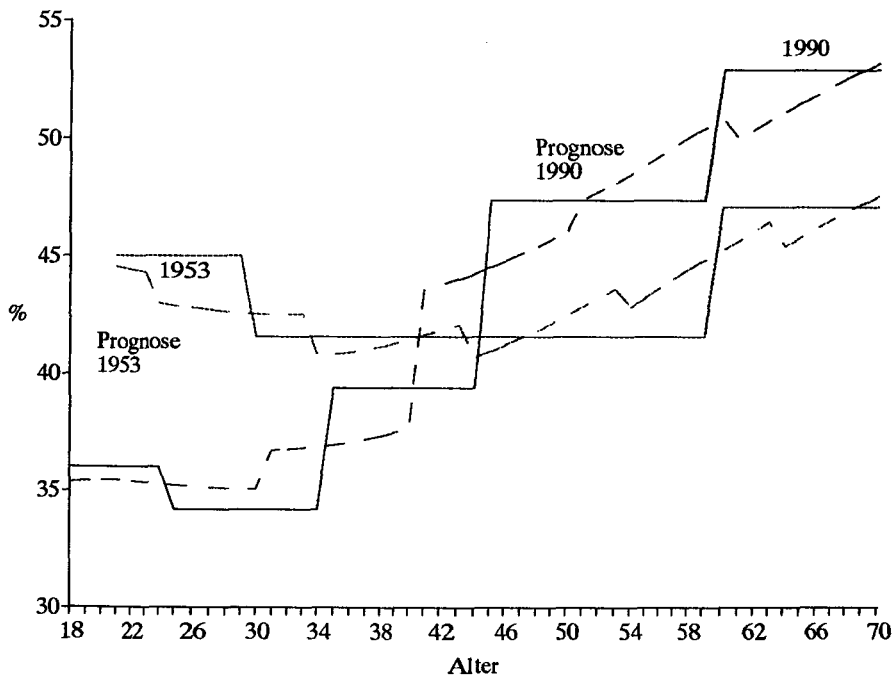
Die wahlspezifischen Periodeneffekte auf die Stimmenanteile der Parteien zeigen sehr unterschiedliche Muster (Tabelle 4). Bei den Unionsparteien und der FDP sind keine klaren Trends erkennbar, sondern ein permanentes Auf und Ab, wobei in vielen Fällen periodenspezifische Gewinne der einen Partei wahlspezifi-

*Tabelle 3: Erklärungskraft von Alters-, Kohorten- und Periodeneffekten für die Stimmenanteile der Parteien (R²*1000)*

	CDU/CSU			SPD			FDP			Sonstige		
	Ges.	M	F	Ges.	M	F	Ges.	M	F	Ges.	M	F
Nur Bundestagswahl-Dummies	172	294	265	780	766	817	698	722	674	703	707	707
Nur Kohorten-Dummies	525	215	692	284	199	321	040	021	075	253	265	238
Nur Bundestagswahl- und Kohorten-Dummies	795	764	850	887	869	914	803	778	820	983	888	898
Zusätzlich Altersvariablen	870	851	903	897	875	923	874	855	882	924	917	929
Anstieg R ² durch Altersvariablen	075	087	053	010	006	009	071	077	062	031	029	031
R ² Residuen-Regression auf zeitabhängige Altersvariablen	006	007	005	003	003	003	003	003	003	004	004	004
Anstieg R ² durch zeitabhängige Altersvariablen	001	001	000	000	000	000	000	000	000	000	000	000
Endmodell	871	852	903	897	875	923	874	855	882	924	917	929

Ges.: Gesamt
M: Männer
F: Frauen

Abbildung 4: Originaldaten und Modellprognosen für die CDU/CSU



schen Verlusten der anderen gegenüberstehen. Dies reflektiert Austauschprozesse innerhalb des bürgerlichen Lagers von Wahl zu Wahl. Für die SPD spiegeln die Periodeneffekte den "Genossen Trend" von 1953 bis zum Hochpunkt im Jahre 1972 wider. Danach setzt ein Abwärtstrend ein. Bei den zusammengefaßten sonstigen Parteien gilt genau das Gegenteil; die Periodeneffekte zeigen zunächst einen starken Abwärtstrend, als diese Parteien im Zuge des "Wahlwunders" im Gefolge des Wirtschaftswunders praktisch von der Bildfläche verschwanden. Von 1965 bis 1980 zeigen die Periodeneffekte hier die Blütezeit des Zweieinhalb-Parteiensystems - mit einem leichten Ausrutscher durch den Erfolg der NPD bei der Bundestagswahl 1969. Das gute Abschneiden der Grünen 1983 und 1987 ist in der Umkehr dieses Abwärtstrends in den achtziger Jahren erfaßt.

Bei den Kohorteneffekten zeigt sich, daß die vor 1900 geborenen Wähler überdurchschnittlich der FDP und den sonstigen Parteien auf Kosten der beiden großen Parteien zuneigten. Die drei Geburtsdekaden der von 1910 bis 1939 Geborenen neigten umgekehrt überdurchschnittlich den großen Parteien (vor allem der

Tabelle 4: Nettoeffekte Periode und Kohorten auf Stimmenanteile (Abweichung vom Gesamtmittel in Prozentpunkten)

Nettoeffekt Periode: Insgesamt

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	-1.1	-8.9	1.9	8.1
1957	4.2	-7.0	-1.0	3.8
1961	-6	-2.8	3.9	-.4
1965	1.1	.9	.5	-2.5
1969	-.7	4.1	-3.4	.0
1972	-1.8	7.3	-.8	-4.6
1976	1.7	4.3	-1.2	-4.8
1980	-2.1	4.6	1.6	-4.1
1983	2.7	-.2	-2.3	-.2
1987	-1.8	-.8	-.3	2.9
1990	-1.4	-2.0	1.3	2.2

Nettoeffekt Periode: Männer

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	-3.1	-7.5	2.1	7.6
1957	2.0	-4.9	-.8	3.3
1961	-2.9	-.7	4.3	-.9
1965	-1.5	3.6	.3	-2.1
1969	-3.4	5.3	-3.3	1.7
1972	-.8	6.4	-.6	-5.0
1976	3.7	2.9	-1.4	-5.2
1980	1.0	2.5	1.0	-4.4
1983	4.8	-2.3	-2.3	-.2
1987	-.3	-2.1	-.3	3.0
1990	.0	-3.4	1.1	2.8

Fortsetzung Tabelle 4

Nettoeffekt Periode: Frauen

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	.5	-10.1	1.6	8.6
1957	6.2	-8.9	-1.2	4.2
1961	1.6	-4.7	3.6	.0
1965	3.3	-1.3	.5	-2.8
1969	1.6	3.0	-3.3	-1.6
1972	-2.8	8.1	-1.0	-4.3
1976	-.1	5.5	-1.1	-4.4
1980	-4.8	6.4	2.1	-3.8
1983	.8	1.7	-2.3	-.1
1987	-3.1	.3	-.3	2.8
1990	-2.6	-.9	1.4	1.7

Nettoeffekt Kohorten: Insgesamt

Geburts- dekade	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1860	-5.9	-1.8	1.1	6.6
1870	-5.7	-1.2	1.3	5.7
1880	-4.1	-1.1	.9	4.5
1890	-2.7	-.6	.3	3.0
1900	-1.6	.4	-.1	1.4
1910	.1	.4	-.4	.0
1920	1.9	.4	-.6	-1.7
1930	3.1	-.1	-.1	-2.9
1940	2.1	-.8	1.1	-2.4
1950	-3.6	1.0	.4	2.1
1960	-5.2	-1.2	-.5	6.9
1970	-5.2	-3.4	.0	8.9

Fortsetzung Tabelle 4

Nettoeffekt Kohorten: Männer

Geburts- dekade	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1860	-5.4	-2.2	1.4	7.0
1870	-5.6	-1.6	1.6	6.1
1880	-4.2	-1.5	1.2	4.8
1890	-2.8	-1.0	.5	3.4
1900	-1.6	.1	-.1	1.7
1910	-.2	.3	-.4	.3
1920	1.6	.6	-.6	-1.5
1930	3.2	.1	-.3	-3.0
1940	2.1	-.6	.9	-2.5
1950	-3.8	1.2	.4	1.9
1960	-4.8	-1.3	-.3	6.3
1970	-4.1	-4.2	.3	8.1

Nettoeffekt Kohorten: Frauen

Geburts- dekade	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1860	-5.9	-1.3	.9	6.3
1870	-5.6	-.7	1.1	5.3
1880	-3.9	-.7	.8	4.0
1890	-2.7	-.2	.2	2.7
1900	-1.6	.7	-.2	1.1
1910	.2	.6	-.5	-.3
1920	2.1	.1	-.5	-1.7
1930	3.2	-.6	.0	-2.8
1940	2.3	-1.1	1.2	-2.2
1950	-3.6	1.1	.5	2.3
1960	-6.2	-.6	-.6	7.4
1970	-7.1	-2.0	-.3	9.6

Fortsetzung Tabelle 4

Mittlerer Nettoeffekt Kohorten: Insgesamt

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	-.9	.0	.0	1.0
1957	-.4	.0	-.1	.5
1961	.1	.0	-.1	.0
1965	.5	.0	-.1	-.4
1969	.8	.0	.0	-.8
1972	.6	.0	.1	-.7
1976	.4	.1	.1	-.6
1980	.1	.1	.1	-.3
1983	-.1	.0	.0	.0
1987	-.4	-.1	.0	.4
1990	-.7	-.2	.0	.8

Mittlerer Nettoeffekt Kohorten: Männer

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	-1.0	-.2	.0	1.3
1957	-.5	-.1	.0	.7
1961	.2	.0	-.1	.0
1965	.5	.0	-.1	-.4
1969	.9	.0	.0	-.8
1972	.7	.1	.0	-.8
1976	.4	.2	.1	-.7
1980	.1	.1	.0	-.3
1983	-.1	.1	.0	.0
1987	-.5	.0	.0	.4
1990	-.7	-.2	.0	.8

Fortsetzung Tabelle 4

Mittlerer Nettoeffekt Kohorten: Frauen

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	-0.8	.1	-0.1	.8
1957	-0.3	.1	-0.1	.3
1961	.1	.1	-0.1	-0.1
1965	.4	.0	.0	-0.4
1969	.8	-0.1	.0	-0.7
1972	.6	.0	.1	-0.6
1976	.4	.1	.1	-0.6
1980	.1	.0	.1	-0.2
1983	-0.1	.0	.1	.1
1987	-0.4	-0.1	.0	.5
1990	-0.7	-0.2	.0	.9

Union) zu und wählten unterdurchschnittlich FDP und sonstige Parteien. Besonders ausgeprägt ist dieser Kohorteneffekt zugunsten der Unionsparteien bei den in den dreißiger Jahren geborenen Wählern, einer Gruppe, die bei den Bundestagswahlen von 1961 bis 1987 jeweils von allen Geburtsdekaden den höchsten Anteil der Wähler stellte (zwischen 18 und 21 Prozent). Bei den noch jüngeren Wählergruppen ist kein längerfristig stabiles Muster mehr feststellbar. Bei den in den vierziger Jahren Geborenen ist die Aversion gegen die sonstigen Parteien noch fast ebenso stark wie bei den in den dreißiger Jahren Geborenen, die SPD schneidet hier aber unterdurchschnittlich ab, während Unionsparteien und vor allem FDP überdurchschnittlichen Erfolg haben. Bei den in den fünfziger Jahren Geborenen beginnt der "Niedergang" der Unionsparteien und der Aufstieg der sonstigen Parteien; SPD und FDP können in dieser "sozial-liberalsten" aller Kohorten noch überdurchschnittliche Werte halten. Die jüngsten Kohorten der in den sechziger und siebziger Jahren Geborenen schließlich bescherten dann beiden großen Parteien unterdurchschnittliche Stimmenanteile, besonders der CDU/CSU, während für die sonstigen Parteien die höchsten aller positiven Kohorteneffekte geschätzt werden (bei Frauen übrigens noch höher und eindeutiger zu Lasten der Union als bei Männern).

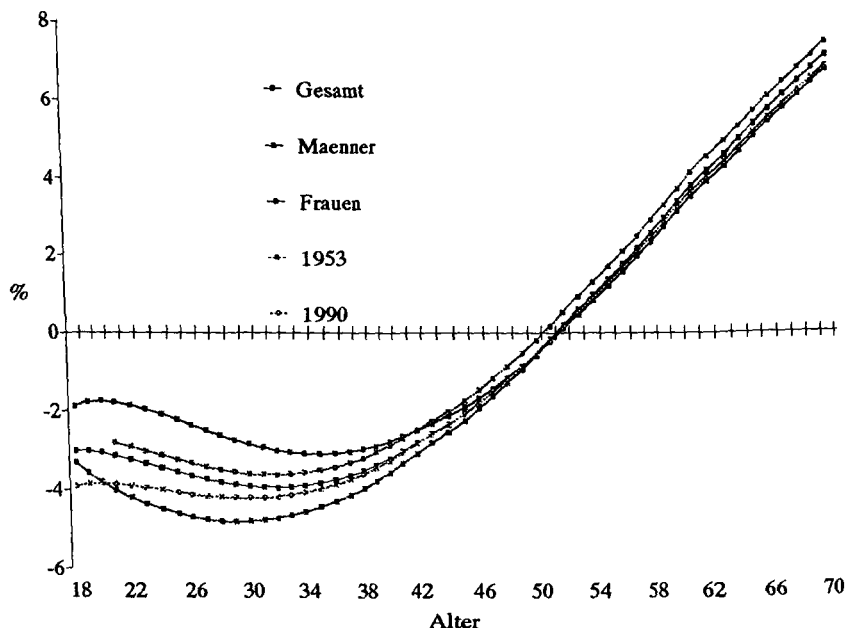
Der nach Auffassung des Verfassers auffälligste Befund bei dieser Übersicht über die Kohorteneffekte ist die deutlich überdurchschnittliche Neigung der 1920 bis 1949 Geborenen für die Union bei gleichzeitiger Aversion gegen die sonstigen Parteien. Die Angehörigen dieser drei Geburtsdekaden zeichnen sich überdies durch die höchste Wahlbeteiligung aus (s. Tabelle 2), so daß sie 1965 bis 1983

stets mehr als die Hälfte der Wähler stellten, 1987 noch 49,9 und 1990 49,4 Prozent. Beides, die hohe Wahlbeteiligung und die Sympathien für die CDU/CSU, ist wohl aus den Sozialisierungserfahrungen dieser Kohorten zu erklären. Diese Jahrgänge haben gemeinsam, daß sie während des Dritten Reiches, des Zweiten Weltkrieges, der Nachkriegszeit oder der Wirtschaftswunderjahre aufgewachsen sind und daß sie die erste Chance zur Teilnahme an freien Wahlen nach 1945 hatten. Sie alle hatten die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte entweder selbst miterlebt, oder aber zumindest für ihre Elterngeneration spielten sie auch noch während der Sozialisierungsphase der ab etwa 1940 Geborenen eine große Rolle.

Offenbar war dies eine gute Voraussetzung für die Internalisierung der demokratischen Wahlbeteiligungsnorm "Wahlrecht = Wahlpflicht". Was die Parteisympathien angeht, so lernten diese Kohorten die CDU/CSU als die Partei des Wirtschaftswunders kennen, als bikonfessionelle christliche Volkspartei, aber auch als die einzige wirklich *neue* Partei der neuen Republik, während alle anderen, von der SPD über die Liberalen bis zur KPD, an die Weimarer Jahre anknüpften - meist auch im Parteinamen. Für die noch später geborenen Bundesbürger dagegen hatten die traumatischen historischen Erfahrungen in der Sozialisierungsphase keine so große Bedeutung mehr, und die Union war für sie von der "neuen" Partei eher zur etablierten Dauerregierungspartei geworden. Insofern kann durchaus eine Parallele zwischen der überdurchschnittlichen Neigung der zwischen 1920 und 1949 Geborenen zur Union und der ab 1960 Geborenen zu den sonstigen Parteien (namentlich also den Grünen) gesehen werden: "Neue" Parteien (mit neuen und für die jeweilige Generation relevanten Themen) scheinen auf jüngere und Erstwähler eine besondere Attraktion auszuüben, die durchaus eine gewisse lebenszyklische Resistenz aufweisen kann, wie die konstant besonders unionsfreundlichen Geburtsjahrgänge 1920 bis 1949 zeigen.

Berechnet man die durch die Anteile der jeweiligen Kohorten an den Wählern gewichteten Mittelwerte der Kohorteneffekte für die einzelnen Bundestagswahlen, dann sieht man, daß die Zusammensetzung der Wähler nach Geburtsjahrgängen für die FDP und die SPD praktisch nie von größerer Bedeutung war. Anders ist das für die CDU/CSU: 1953 und 1957 wurde sie durch die Zusammensetzung der Wählerschaft noch benachteiligt. Von 1961 bis 1980 profitierte sie davon in Form überdurchschnittlicher Stimmenanteile. Ihren Höhepunkt erreichte die CDU/CSU in dieser Hinsicht 1969. Seit 1983 steht die Kohortenzusammensetzung der Wählerschaft zunehmend gegen sie, weil besonders unionsfreundliche Jahrgänge ausscheiden und ihr weniger gesonnene in das Elektorat nachrücken. Der Kohorteneffekt für die sonstigen Parteien ist dem für die Unionsparteien genau gegenüberläufig. In den fünfziger Jahren schnitten sie nicht nur wegen der wahlspezifischen Periodeneffekte überdurchschnittlich ab, sondern weil damals noch vorhandene Kohorten ihnen besonders zuneigten. Die sechziger und siebziger Jahre waren auch aufgrund der Kohortenzusammensetzung der Wähler schlechte Zeiten für die übrigen Parteien, in den achtziger Jahren wurden sie dadurch begünstigt.

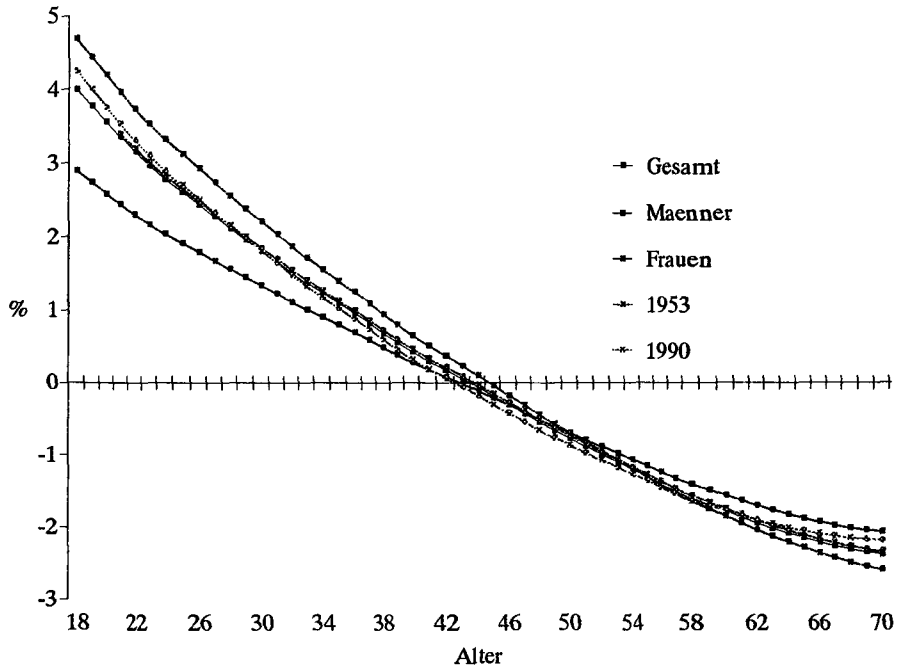
Abbildung 5: Nettoeffekt Alter auf Stimmenanteil CDU/CSU



Zur Darstellung des lebenszyklischen Alterseffekts auf die Stimmenanteile der Parteien sind wiederum, wegen der hohen Zahl von Kategorien, Grafiken geeigneter als Tabellen. Abbildung 5 zeigt den Lebenszykluseffekt auf die Wahlchancen der Unionsparteien. Wie schon die Abbildungen 2 und 3 für die Wahlbeteiligung, ist diese Grafik so zu interpretieren, daß sie für jedes Lebensalter die Abweichung des Unionsanteils vom Gesamtmittel bei Kontrolle von Periodeneffekten und Generationszugehörigkeit wiedergibt. Oder anders formuliert: Abbildung 5 zeigt, wie stark die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für die CDU/CSU für jedes Lebensalter über oder unter dem Durchschnitt liegt, wobei das mit der Zahl der Wähler jeder Altersstufe gewichtete Mittel dieser Abweichungen natürlich Null beträgt. Wähler bis etwa fünfzig Jahre weisen unterdurchschnittliche Unionsanteile auf, Wähler über fünfzig Jahren überdurchschnittliche. Bei den jungen Wählern fällt zunächst die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die Unionsparteien mit steigendem Alter noch weiter ab, um zwischen dreißig bis 35 Jahren das Minimum zu erreichen. Ab diesem Alter wird mit steigendem Lebensalter eine solche Stimmabgabe immer wahrscheinlicher. Dabei ist der Alterungseffekt bei Männern deutlich schwächer ausgeprägt als bei Frauen. Jüngere Männer lehnen die Unionsparteien weniger stark ab als jüngere Frauen, mit zunehmendem Alter neigen Frauen jedoch überdurchschnittlicher zu den Unionsparteien als Männer. Die Schätzung des zeitabhängigen Alterseffekts bringt zwar, wie gesagt, keine

besonders hohe zusätzliche Erklärungskraft des Modells, es zeigt sich aber, daß zwischen 1953 und 1990 die Neigung der jüngeren Wähler zu unterdurchschnittlicher Stimmabgabe für die Unionsparteien noch zugenommen hat.

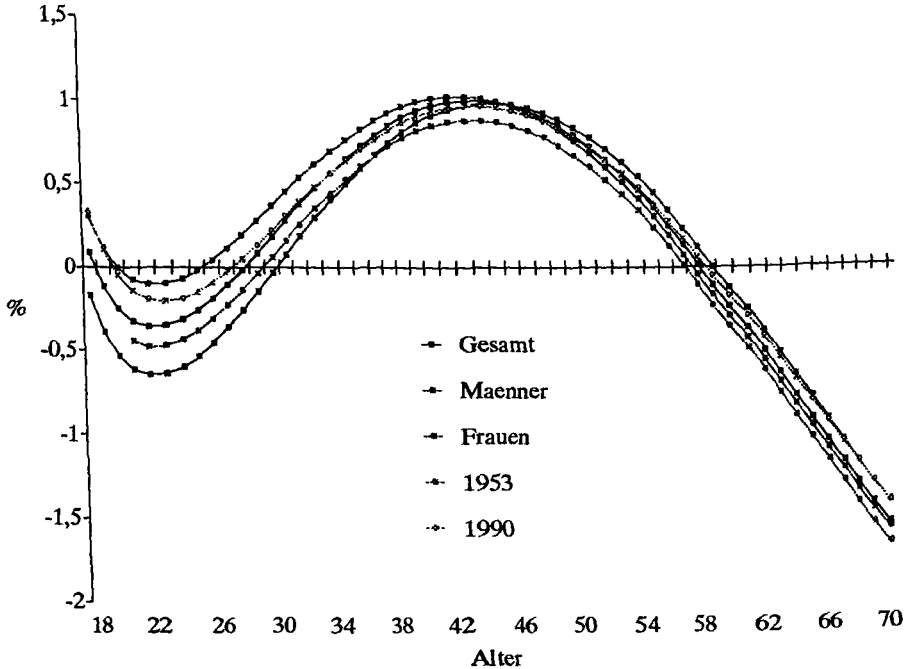
Abbildung 6: Nettoeffekt Alter auf Stimmenanteil SPD



Der Alterseffekt für die SPD verläuft genau umgekehrt wie bei den Unionsparteien (Abbildung 6). Die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die SPD nimmt mit steigendem Lebensalter beständig ab. Dieser Rückgang erfolgt anfangs sehr schnell, bei etwa 44 Jahren ist durchschnittliche Wahrscheinlichkeit einer solchen Stimmabgabe gegeben, darüber wird sie unterdurchschnittlich. Ferner zeigt sich der Stimmenverlust mit dem Alter bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt als bei Männern. Jüngere Männer wählen weniger überdurchschnittlich die SPD als gleichaltrige Frauen, ältere Männer wählen die SPD weniger unterdurchschnittlich als gleichaltrige Frauen. Zwischen 1953 und 1990 hat sich das Lebensalter, in dem überdurchschnittliche in unterdurchschnittliche SPD-Stimmenanteile umschlagen, nach unten verschoben. Das bedeutet, daß 1990 im Vergleich zu 1953 die Kurve anfangs noch steiler nach unten führt, während sie anschließend flacher verläuft. Mit anderen Worten: Besonders bei Wählern in mittlerem Lebensalter, etwa von

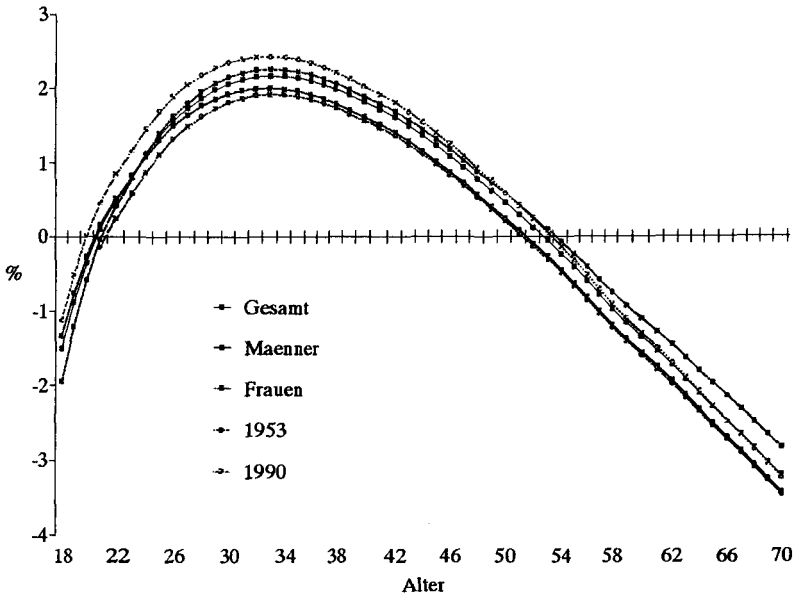
35 bis 55 Jahren, ist die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die Sozialdemokraten zwischen diesen beiden Wahlen etwas geringer geworden.

Abbildung 7: Nettoeffekt Alter auf Stimmenanteil FDP



Bei der FDP hat der Alterungseffekt eine ganz andere Form (Abbildung 7). Die FDP beginnt bei Jungwählern mit durchschnittlichen bis leicht unterdurchschnittlichen Stimmenanteilen. Ab knapp unter dreißig Jahren erhält sie überdurchschnittliche Stimmenanteile und erreicht bei etwas über vierzig Jahren das Maximum. Danach sinkt ihr Stimmenanteil kontinuierlich, ab rund sechzig Jahren Lebensalter wird er unterdurchschnittlich. Während die Unionsparteien also eher Parteien des höheren Alters sind und die SPD eine Partei der jeweils jüngeren Wähler, ist die FDP die Partei des "Mittelalters". Dabei unterscheiden sich Frauen von Männern systematisch dadurch, daß jüngere Frauen in höherem Maße überdurchschnittlich für die FDP stimmen als gleichaltrige Männer, was sich in höherem Lebensalter genau umkehrt. Die Schätzung des zeitabhängigen Alterseffekts führt zu dem Ergebnis, daß sich zwischen 1953 und 1990 die Aversion der jüngsten Wähler gegen die FDP deutlich vermindert hat, so daß sie jetzt im Lebenszyklus nicht mehr mit unterdurchschnittlichen Werten, sondern mit ziemlich genau dem Durchschnitt entsprechenden Stimmenanteilen beginnt.

Abbildung 8: Nettoeffekt Alter auf Stimmenanteil Sonstige
(100-CDU/CSU-SPD-FDP)



Der Kurvenverlauf für die sonstigen Parteien ist demjenigen für die FDP nicht unähnlich (Abbildung 8). Die wichtigsten Unterschiede sind, daß die sonstigen Parteien bei den ganz jungen Wählern deutlich unterdurchschnittlich abschnitten und daß die maximalen überdurchschnittlichen Stimmenanteile wesentlich früher im Lebenszyklus erreicht werden, etwa zwischen dreißig und 35 Jahren. Entsprechend früher werden im Alterungsprozeß auch wieder unterdurchschnittliche Werte erreicht, nämlich ab etwas über fünfzig Jahren. Männer und Frauen unterscheiden sich hier kaum voneinander. Lediglich in höherem Lebensalter ist festzustellen, daß Männer die sonstigen Parteien noch stärker unterdurchschnittlich wählen als Frauen. Zwischen dem Anfangs- und Endpunkt des Untersuchungszeitraums ist die auffälligste Veränderung, daß sich die Tendenz von Wählern in mittlerem Lebensalter, sonstige Parteien zu wählen, deutlich vergrößert hat.

5. Polarisierung des Wahlverhaltens nach dem Alter

Die bisherigen Ergebnisse erlauben es, nach dem Lebensalter unterschiedliches Wahlverhalten in einem neuen Licht zu sehen. Solche Unterschiede werden häufig

berichtet und kommentiert. Ohne die hier durchgeführte Analyse ist es aber nicht möglich, sie in diejenigen Bestandteile zu zerlegen, die tatsächlich auf das Lebensalter zurückzuführen sind bzw. auf Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Generationen oder Geburtskohorten. Dadurch besteht die Gefahr, daß ein über die Zeit hinweg sich verstärkender Unterschied in der Stimmabgabe verschiedener Altersgruppen als zunehmende Polarisierung des Wahlverhaltens nach dem Lebensalter interpretiert wird, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine Polarisierung zwischen verschiedenen Generationen von Wählern handeln könnte.

Der hier verfolgte Ansatz erlaubt es, diese Gefahr zu umgehen. Aus den geschätzten kohortenanalytischen Modellen ergeben sich für jede Wahl und jeden Altersjahrgang Vorhersagewerte für die Stimmenanteile der einzelnen Parteien. Zusätzlich lassen sich die Vorhersagewerte errechnen, die sich allein aus dem Altersteil bzw. aus dem Kohortenteil des Modells ergeben. Dergestalt läßt sich für zwei beliebige Altersstufen bei jeder Wahl bestimmen, inwiefern die Abweichung in den Stimmenanteilen für die einzelnen Parteien auf das unterschiedliche Lebensalter zurückzuführen ist bzw. auf die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Geburtskohorten.

Tabelle 5 gibt die Ergebnisse entsprechender Berechnungen wieder. Sie enthält die Abstände der Stimmenanteile der einzelnen Parteien bei dreißigjährigen bis siebenzigjährigen Wählern (in Schritten von jeweils zehn Altersjahren) von denjenigen bei einundzwanzigjährigen Wählern. Die letzteren wurden als Bezugsgruppe gewählt, weil bei den ersten Bundestagswahlen bis einschließlich 1969 jüngere Peronen noch nicht wahlberechtigt waren. Abbildung 9 zeigt die Abstände im Wahlverhalten von einundzwanzigjährigen und siebenzigjährigen Wählern in graphischer Form. Nach den oben dargestellten Befunden über die Nettoeffekte des Lebensalters und der Kohortenzugehörigkeit auf die Stimmenanteile der FDP ist es nicht überraschend, daß bei dieser Partei über die bisherige Geschichte der Bundesrepublik hinweg eine deutliche Polarisierung nach dem Lebensalter nicht zu verzeichnen ist. Beschränkt man sich auf den Vergleich der beiden extremen Altersgruppen (Einundzwanzigjährige und Siebzigjährige), dann erkennt man, daß sie sich in ihren Stimmenanteilen für die FDP bis 1957 nicht unterschieden, während seither bei den Siebzigjährigen dieser Stimmenanteil um ein bis zwei Prozentpunkte niedriger liegt. Dies ist hauptsächlich auf den negativen Alterseffekt zurückzuführen. Bis 1957 wurde er durch einen positiven Kohorteneffekt bei den älteren Wählern kompensiert; bei den folgenden Wahlen war das nicht mehr der Fall (s. Abbildung 10).

Hinsichtlich der Stimmenanteile für die SPD hat die Polarisierung zwischen alten und jungen Wählern etwas abgenommen. 1953 und 1957 lag der SPD-Anteil bei Siebzigjährigen noch um knapp sieben Prozentpunkte niedriger als bei Einundzwanzigjährigen. 1961 bis 1980 betrug die Differenz zwischen 5,4 und 6,3 Prozentpunkten; seit 1983 liegt sie bei rund vier Prozentpunkten. Da sich der Alterseff-

Tabelle 5: Abstand der Stimmenanteile bei Wählern des angegebenen Lebensalters von denjenigen bei 21jährigen Wählern

Jahr	Alter	CDU/CSU			SPD		
		(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1953	30	-2.0	-.8	-1.2	-1.1	-1.5	.5
1953	40	-3.1	-.1	-3.0	-2.4	-2.9	
1953	50	-2.0	2.6	-4.7	-3.6	-4.1	.5
1953	60	.7	6.5	-5.8	-5.6	-5.1	-.5
1953	70	3.0	10.2	-7.2	-6.8	-5.7	-1.0
1957	30	-2.0	-.7	-1.2	-1.1	-1.6	.5
1957	40	-3.0	.0	-3.0	-2.4	-3.0	.5
1957	50	-2.0	2.7	-4.7	-3.6	-4.2	.5
1957	60	.8	6.6	-5.8	-5.6	-5.2	-.5
1957	70	3.1	10.3	-7.2	-6.8	-5.7	-1.0
1961	30	.3	-.7	1.0	-.8	-1.6	.7
1961	40	-.2	.1	-.2	-1.8	-3.0	1.2
1961	50	.7	2.8	-2.0	-2.9	-4.2	1.3
1961	60	2.9	6.6	-3.7	-3.9	-5.2	1.3
1961	70	5.5	10.3	-4.8	-5.5	-5.7	.3
1965	30	.3	-.6	1.0	-.9	-1.6	.7
1965	40	-.1	.1	-.2	-1.8	-3.0	1.2
1965	50	.8	2.9	-2.0	-2.9	-4.2	1.3
1965	60	3.0	6.7	-3.7	-3.9	-5.2	1.3
1965	70	5.6	10.4	-4.8	-5.4	-5.7	.3
1969	30	.4	-.6	1.0	-.9	-1.6	.7
1969	40	.0	.2	-.2	-1.8	-3.1	1.2
1969	50	.9	2.9	-2.0	-3.0	-4.3	1.3
1969	60	3.1	6.7	-3.7	-4.0	-5.2	1.3
1969	70	5.6	10.4	-4.8	-5.4	-5.7	.3
1972	30	5.1	-.6	5.7	-3.5	-1.6	-1.9
1972	40	7.0	.3	6.7	-4.2	-3.1	-1.1
1972	50	8.4	3.0	5.5	-4.9	-4.3	-.6
1972	60	10.5	6.8	3.7	-5.8	-5.2	-.6
1972	70	12.5	10.4	2.0	-6.3	-5.7	-.6

Fortsetzung Tabelle 5

Jahr	Alter	CDU/CSU			SPD		
		(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1976	30	5.2	-5	5.7	-3.5	-1.7	-1.9
1976	40	7.0	.3	6.7	-4.2	-3.1	-1.1
1976	50	8.5	3.1	5.5	-4.9	-4.3	-.6
1976	60	10.5	6.9	3.7	-5.8	-5.2	-.6
1976	70	12.5	10.5	2.0	-6.3	-5.7	-.6
1980	30	-.5	-.5	.0	-1.7	-1.7	.0
1980	40	6.1	.4	5.7	-5.0	-3.1	-1.9
1980	50	9.8	3.1	6.7	-5.5	-4.3	-1.1
1980	60	12.4	6.9	5.5	-5.9	-5.3	-.6
1980	70	14.2	10.5	3.7	-6.3	-5.7	-.6
1983	30	1.2	-.5	1.6	.5	-1.7	2.2
1983	40	7.8	.5	7.3	-2.8	-3.2	.3
1983	50	11.5	3.2	8.3	-3.3	-4.4	1.1
1983	60	14.0	7.0	7.1	-3.7	-5.3	1.6
1983	70	15.9	10.6	5.3	-4.1	-5.7	1.6
1987	30	1.2	-.4	1.6	.5	-1.7	2.2
1987	40	7.9	.5	7.3	-2.8	-3.2	.3
1987	50	11.6	3.3	8.3	-3.3	-4.4	1.1
1987	60	14.1	7.0	7.1	-3.7	-5.3	1.6
1987	70	15.9	10.6	5.3	-4.1	-5.7	1.6
1990	30	-.4	-.4	.0	-1.7	-1.7	.0
1990	40	2.2	.6	1.6	-1.0	-3.2	2.2
1990	50	10.7	3.3	7.3	-4.1	-4.4	.3
1990	60	15.4	7.1	8.3	-4.2	-5.3	1.1
1990	70	17.7	10.7	7.1	-4.2	-5.7	1.6

Fortsetzung Tabelle 5

Jahr	Alter	FDP			Rest		
		(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1953	30	.0	.5	-.5	3.2	2.0	1.2
1953	40	.9	1.3	-.3	4.6	1.7	2.9
1953	50	1.1	1.1	.0	4.6	.4	4.3
1953	60	.5	.1	.4	4.5	-1.5	5.9
1953	70	-2	-1.2	1.1	4.1	-3.3	7.4
1957	30	.0	.5	-.5	3.2	1.9	1.2
1957	40	.9	1.2	-.3	4.6	1.7	2.9
1957	50	1.1	1.1	.0	4.6	.3	4.3
1957	60	.5	.1	.4	4.4	-1.5	5.9
1957	70	-2	-1.2	1.1	4.0	-3.3	7.4
1961	30	-.7	.5	-1.2	1.4	1.9	-.5
1961	40	-.4	1.2	-1.6	2.4	1.7	.7
1961	50	-.4	1.1	-1.5	2.7	.3	2.4
1961	60	-1.1	.1	-1.2	2.2	-1.5	3.8
1961	70	-2.0	-1.2	-.8	2.0	-3.4	5.4
1965	30	-.7	.5	-1.2	1.4	1.9	-.5
1965	40	-.5	1.2	-1.6	2.4	1.7	.7
1965	50	-.5	1.0	-1.5	2.7	.3	2.4
1965	60	-1.1	.1	-1.2	2.2	-1.6	3.8
1965	70	-2.0	-1.2	-.8	2.0	-3.4	5.4
1969	30	-.7	.4	-1.2	1.4	1.9	-.5
1969	40	-.5	1.2	-1.6	2.4	1.6	.7
1969	50	-.5	1.0	-1.5	2.6	.3	2.4
1969	60	-1.2	.0	-1.2	2.2	-1.6	3.8
1969	70	-2.0	-1.2	-.8	2.0	-3.5	5.4
1972	30	1.1	.4	.7	-2.5	1.9	-4.5
1972	40	.6	1.1	-.5	-3.3	1.6	-5.0
1972	50	.0	1.0	-1.0	-3.5	.2	-3.7
1972	60	-.8	.0	-.9	-3.7	-1.6	-2.1
1972	70	-1.8	-1.2	-.5	-4.2	-3.5	-.7

Fortsetzung Tabelle 5

Jahr	Alter	FDP			Rest		
		(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
1976	30	1.1	.4	.7	-2.6	1.9	-4.5
1976	40	.6	1.1	-.5	-3.3	1.6	-5.0
1976	50	.0	1.0	-1.0	-3.5	.2	-3.7
1976	60	-.8	.0	-.9	-3.7	-1.6	-2.1
1976	70	-1.8	-1.2	-.5	-4.2	-3.5	-.7
1980	30	.4	.4	.0	1.9	1.9	.0
1980	40	1.8	1.1	.7	-2.9	1.6	-4.5
1980	50	.4	1.0	-.5	-4.8	.2	-5.0
1980	60	-1.0	.0	-1.0	-5.4	-1.7	-3.7
1980	70	-2.1	-1.3	-.9	-5.7	-3.6	-2.1
1983	30	1.3	.4	.9	-2.9	1.9	-4.8
1983	40	2.6	1.1	1.5	-7.7	1.6	-9.3
1983	50	1.3	1.0	.4	-9.6	.2	-9.8
1983	60	-.1	.0	-.1	-10.2	-1.7	-8.5
1983	70	-1.2	-1.3	.0	-10.5	-3.6	-6.9
1987	30	1.3	.4	.9	-2.9	1.9	-4.8
1987	40	2.6	1.1	1.5	-7.7	1.6	-9.3
1987	50	1.3	.9	.4	-9.6	.2	-9.8
1987	60	-.1	.0	-.1	-10.3	-1.7	-8.5
1987	70	-1.2	-1.3	.0	-10.5	-3.7	-6.9
1990	30	.4	.4	.0	1.9	1.9	.0
1990	40	1.9	1.0	.9	-3.2	1.6	-4.8
1990	50	2.5	.9	1.5	-9.1	.1	-9.3
1990	60	.3	.0	.4	-11.5	-1.8	-9.8
1990	70	-1.4	-1.3	-.1	-12.2	-3.7	-8.5

- (1): Gesamt
(2): Aufgrund des Alters
(3): Aufgrund Kohortenzugehörigkeit

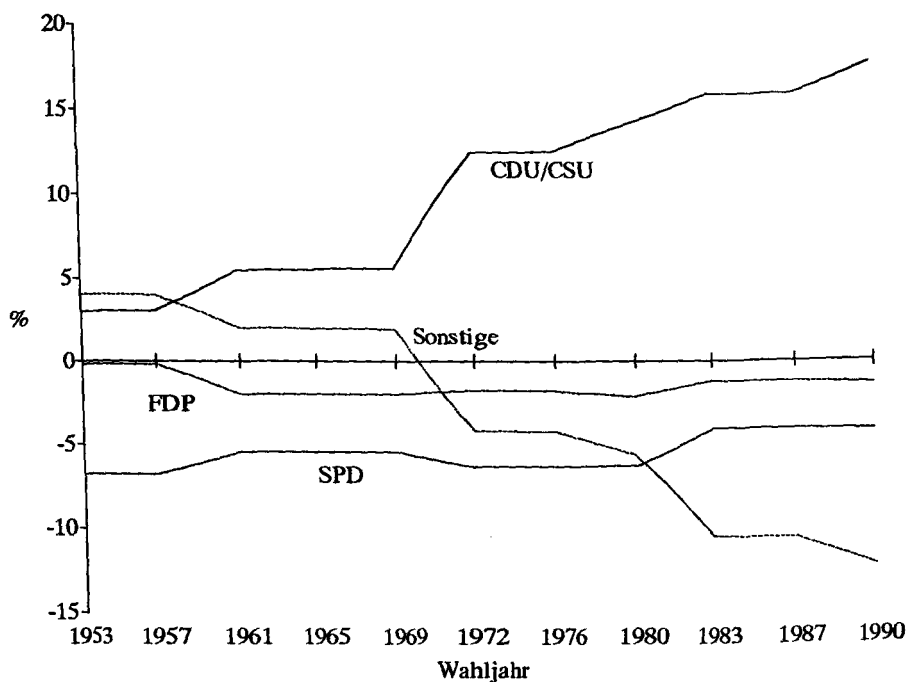
fekt kaum verändert hat, ist dieser Rückgang der Polarisierung auf die unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit zurückzuführen (Abbildung 10). Bis 1957 lag der SPD-Anteil bei Siebzigjährigen aufgrund der Kohortenzugehörigkeit um einen Prozentpunkt niedriger als bei Einundzwanzigjährigen, wodurch der negative Al-

terseffekt verstärkt wurde. Bei den nachfolgenden Bundestagswahlen bis 1980 spielte die unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit der beiden Altersjahrgänge für ihre SPD-Stimmenanteile praktisch keine Rolle. Seit 1983 jedoch liegt dieser Stimmenanteil bei Siebzigjährigen aufgrund der unterschiedlichen Kohortenzugehörigkeit um eineinhalb Prozentpunkte höher als bei Einundzwanzigjährigen, so daß der negative Alterseffekt zum Teil kompensiert wird. Im Ergebnis waren die Stimmenanteile der SPD bei den letzten drei Bundestagswahlen vergleichsweise wenig nach dem Lebensalter polarisiert, während vor 1961 bei der SPD unter allen Parteien die stärkste derartige Polarisierung zu verzeichnen war.

Bei den Unionsparteien und den sonstigen Parteien verlief die Entwicklung genau umgekehrt. Bis einschließlich 1969 lag der Abstand ihrer Stimmenanteile bei einundzwanzigjährigen und siebzigjährigen Wählern stets unter sechs Prozentpunkten, um sich dann ab 1972 zunächst für die Unionsparteien und später (mit dem Auftreten der Grünen) auch für die übrigen Parteien kräftig zu verstärken (Abbildung 9). Wie Abbildung 10 zeigt, ist dafür der deutliche und gegenläufige Ausbau des auf unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit zurückführbaren Unterschiedes im Wahlverhalten zwischen alten und jungen Wählern verantwortlich. Bis 1969 wählten siebzigjährige aufgrund ihrer Kohortenzugehörigkeit deutlich weniger häufig die Unionsparteien als einundzwanzigjährige Wähler. Bis 1957 lag die derart erklärbare Differenz bei über sieben Prozentpunkten, 1961 bis 1969 noch bei knapp fünf Prozentpunkten. Der positive Alterseffekt wurde dadurch in erheblichem Umfang kompensiert. Seit 1972 ist das nicht mehr der Fall. Siebzigjährige haben seither auch aufgrund ihrer Generationenzugehörigkeit eine höhere Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für die Unionsparteien als Einundzwanzigjährige - mit deutlich steigender Tendenz. Alterseffekt und Kohorteneffekt verstärken sich nun beim Vergleich dieser beiden Altersjahrgänge gegenseitig, so daß seit 1983 ein Abstand in den CDU-Stimmenanteilen von über 15 Prozentpunkten besteht; 1990 erreichte er fast 18 Punkte.

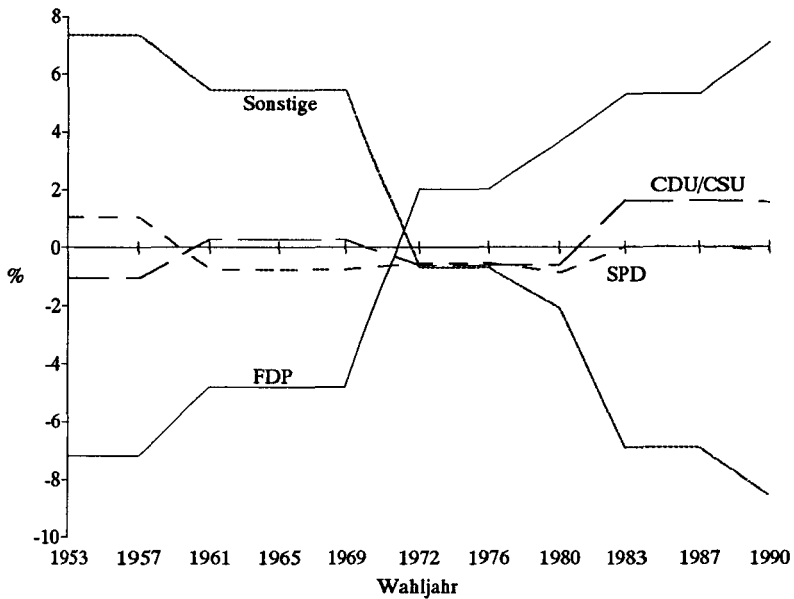
Bei den sonstigen Parteien ist eine entgegengesetzte Entwicklung erkennbar. Aufgrund des Alterseffekts gilt, daß ziemlich alte Wähler solchen Parteien weniger zuneigen als ganz junge. Bei den Wahlen bis 1969 gehörten jedoch die älteren Wähler im Vergleich zu den jüngeren zu Geburtskohorten, denen die sonstigen Parteien besonders sympathisch waren, so daß im Ergebnis die älteren Wähler höhere Stimmenanteile für diese Parteien aufwiesen als die jüngeren. Bis 1957 betrug der Abstand zwischen Siebzigjährigen und Einundzwanzigjährigen rund vier Prozentpunkte, 1961 bis 1969 lag er bei zwei Prozentpunkten. Seit 1972 jedoch verstärken sich - genau wie bei den Unionsparteien, nur mit umgekehrtem Vorzeichen - Alters- und Generationeneffekte gegenseitig, wenn man alte und junge Wähler miteinander vergleicht. Der auf unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit zurückführbare Unterschied in den Stimmenanteilen sonstiger Parteien bei einundzwanzigjährigen und siebzigjährigen Wählern ist bis 1990 auf über 8,5 Prozentpunkte angestiegen, so daß sich insgesamt eine Differenz im Abschneiden dieser Parteien von über zwölf Prozentpunkten ergibt.

Abbildung 9: Stimmenanteile bei 70jährigen minus bei 21jährigen



Diese Ergebnisse erlauben drei Schlußfolgerungen über die Polarisierung des Wahlverhaltens in der "alten" Bundesrepublik nach dem Lebensalter. Zum ersten hat diese Polarisierung insgesamt gesehen zugenommen und zwar in zwei Schüben, die sich auf 1972 (Ausweitung der Wahlberechtigung und Konfrontation über die Ostpolitik) und 1983 (Einzug der Grünen in den Bundestag) datieren lassen. Zum zweiten sind die einzelnen Parteien von dieser Entwicklung sehr ungleich betroffen. Während es in den fünfziger Jahren vor allem die SPD war, an der sich die Geister der verschiedenen Altersjahrgänge schieden, sind es seit 1972 mit steigender Tendenz die CDU/CSU, seit 1983 in vergleichbarer Größenordnung auch die sonstigen Parteien. Drittens wäre es eine Fehlinterpretation, wenn man diese Zunahme der Polarisierung der Stimmabgabe für Unionsparteien und sonstige Parteien nach dem Lebensalter im Sinne einer steigenden Bedeutung des Lebenszyklus für das Wahlverhalten interpretieren würde. Ohne Kenntnis der hier vorgelegten kohortenanalytischen Ergebnisse mag eine solche Interpretation nahe liegen, sie ist aber simplistisch, weil sie ignoriert, daß Unterschiede im Wahlverhalten zwischen zwei Altersjahrgängen bei einer bestimmten Wahl eben nicht nur auf die Altersdifferenz zurückgehen, sondern auch auf die unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit.

Abbildung 10: Auf Kohortenzugehörigkeit zurückgehender Unterschied in den Stimmenanteilen bei 70- und 21jährigen



Unsere Befunde belegen, daß die wachsende Differenzierung der Stimmabgabe für Unionsparteien und sonstige Parteien nach dem Lebensalter kaum auf einer Verstärkung des Alterseffekts beruht, sondern vielmehr auf einer Verschärfung und Umkehr der Unterschiede im Wahlverhalten zwischen verschiedenen Generationen von Wählern. In den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik wurden die allein auf dem Lebensalter beruhenden Unterschiede im Wahlverhalten durch die unterschiedliche Kohortenzugehörigkeit der damals alten bzw. jungen Wähler abgemildert. In den folgenden 20 Jahren wurden die altersbedingten Unterschiede durch die verschiedene Kohortenzugehörigkeit noch verstärkt - mit zunehmender Tendenz. Deshalb wäre es falsch, von einem sich über die Geschichte der Bundesrepublik hinweg herausbildenden Altersgegensatz im Wahlverhalten zu sprechen. Die allein auf das Lebensalter zurückgehenden Unterschiede im Wahlverhalten haben sich in 40 Jahren nur geringfügig verändert. Früher aber wurden sie bei denjenigen Parteien, bei denen die Polarisierung jetzt am höchsten ist, durch gegenläufige Effekte der Generationenzugehörigkeit "versteckt", in den letzten Jahren durch gleichgerichtete Wirkungen des Generationengegensatzes noch verstärkt. Neu ist also nicht die Polarisierung des Wahlverhaltens nach dem Lebensalter, sondern wie sie, je nach Partei, durch unterschiedliche Generationenzugehörigkeit der jeweils alten bzw. jungen Wähler teilweise praktisch aufgehoben, teilweise aber in zuvor noch nie beobachtete Größenordnungen getrieben wird.

6. Von der Kohortenanalyse zur dynamischen Perspektive

Die bisherige Analyse war gewissermaßen auf den einzelnen Wähler zentriert. Sie zeigt auf, wie die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe bei einer bestimmten Wahl von Faktoren abhängt, die für diese Wahl spezifisch sind, von der Kohortenzugehörigkeit und vom aktuellen Lebensalter bei dieser Wahl. Sie gibt aber keine Auskunft darüber, welche Veränderungen gegenüber der vorherigen Wahl dadurch entstanden sind, daß einerseits die Wählerschaft im Verlauf der Legislaturperiode alterte und andererseits neue Jahrgänge von Wählern in das Elektorat getreten und ältere ausgeschieden sind. Genau dies muß aber abgeschätzt werden, wenn man eine Antwort auf die eingangs aufgeworfenen Fragen erhalten will. Mit anderen Worten: Es geht darum, die Auswirkungen von demographischen Veränderungen auf das Abschneiden der Parteien im zeitlichen Verlauf zu bestimmen.

Ein erster Schritt in diese Richtung besteht darin, sich die Entwicklung des mittleren Lebensalters von Wahlberechtigten und Wählern der einzelnen Parteien anzusehen (Tabelle 6). Dabei sieht man, daß das mittlere Alter der Wahlberechtigten von 1953 bis 1969 leicht anstieg, durch die Senkung des Wahlberechtigungsalters abnahm und sich seither kaum veränderte. Dabei ist auffällig, daß die Zunahme des durchschnittlichen Alters der Wahlberechtigten bis 1969 ausschließlich bei den Frauen erfolgte. Seit 1969 ist das mittlere Lebensalter der wahlberechtigten Frauen stets um rund vier Jahre höher als dasjenige der Männer.

Auch das Durchschnittsalter der Wähler nahm von 1953 bis 1969 etwas zu, sank dann durch die Erweiterung der Wahlberechtigung ab und blieb bis 1987 etwa konstant. Die Zunahme nach 1990 ist auf die besonders niedrige Wahlbeteiligung der jüngeren Wahlberechtigten zurückzuführen (s. Abbildung 1). Bei den einzelnen Parteien sind jedoch deutliche Unterschiede erkennbar. Das mittlere Lebensalter der Unionswähler war stets überdurchschnittlich hoch; über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg hat diese "Überalterung" besonders stark zugenommen. SPD-Wähler waren fast stets etwas jünger als das Gesamtmittel. Bei den FDP-Wählern sind die Abweichungen vom Gesamtmittel mit Ausnahme der "sozial-liberalen" Wahlen von 1969 bis 1980 gering; hier waren sie im Mittel deutlich jünger als der Durchschnitt. Bei den sonstigen Parteien schließlich erfolgte eine klare Umkehr: Bis 1972 waren die Wähler dieser Parteien überdurchschnittlich alt, seither liegt ihr mittleres Lebensalter deutlich unter dem Gesamtmittelwert. Von 1980 bis 1987 betrug der Abstand davon stets weit über zehn Jahre.

Obwohl diese Daten bereits einige Vorstellungen davon vermitteln, in welcher Richtung die demographische Entwicklung das Abschneiden der Parteien beeinflusst hat, sind eindeutige Aussagen auf die Ergebnisse der Kohortenanalyse angewiesen. Nur sie ermöglichen es, den Alterungseffekt bei denjenigen, die bei einer bestimmten Wahl mindestens zum zweiten Mal wählten, gegenüber der Vorwahl exakt zu bestimmen und ebenso den Effekt des Eintretens bzw. Ausscheidens

von Altersjahrgängen in die bzw. aus der Wählerschaft und den sich aus beidem ergebenden Gesamtsaldo. Die Resultate entsprechender Berechnungen sind in Tabelle 7 wiedergegeben. Für jede Wahl wurde der Effekt des Weiterrückens im Le-

Tabelle 6: Mittleres Alter von Wahlberechtigten und Wählern

Durchschnittsalter der Wahlberechtigten					
Jahr	Gesamt	Männer	Frauen		
1953	45.9	45.5	46.2		
1957	46.4	45.7	47.0		
1961	46.1	44.7	47.2		
1965	46.7	45.0	48.2		
1969	47.2	45.2	49.0		
1972	45.8	43.7	47.7		
1976	46.1	43.9	48.0		
1980	45.9	43.6	48.0		
1983	45.9	43.5	47.9		
1987	45.8	43.5	47.9		
1990	46.2	44.1	48.1		

Durchschnittsalter der Wähler: Insgesamt					
Jahr	Gesamt	Abweichung vom Gesamtmittel bei Wählern von			
		CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	46.1	.3	-.6	.1	.3
1957	46.5	.3	-.9	-.1	1.2
1961	46.2	.4	-.7	-.2	1.8
1965	46.9	.4	-.8	.6	1.6
1969	47.4	1.1	-1.2	-1.6	1.6
1972	46.0	1.8	-1.3	-2.8	1.9
1976	46.4	1.3	-.7	-3.4	-3.0
1980	46.4	2.1	-.8	-3.2	-11.5
1983	46.1	1.4	.2	.0	-12.3
1987	46.4	2.6	-.1	-.5	-10.9
1990	47.3	2.7	-1.2	-.7	-7.5

Fortsetzung Tabelle 6

Durchschnittsalter der Wähler: Männer

Jahr	Gesamt	Abweichung vom Gesamtmittel bei Wählern von			
		CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	46.1	.2	-.6	.4	.4
1957	46.1	.1	-.8	.3	1.3
1961	45.2	.1	-.6	.2	2.0
1965	45.6	.0	-.6	1.5	2.6
1969	45.8	.8	-1.0	-1.0	2.3
1972	44.2	1.7	-1.2	-2.2	1.9
1976	44.4	1.2	-.7	-2.8	-3.0
1980	44.3	1.9	-.8	-2.8	-10.7
1983	44.0	1.1	.4	1.0	-11.2
1987	44.4	2.1	.1	.0	-9.8
1990	45.5	2.2	-.8	-.4	-5.8

Durchschnittsalter der Wähler: Frauen

Jahr	Gesamt	Abweichung vom Gesamtmittel bei Wählern von			
		CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	46.1	.4	-.7	-.1	.3
1957	46.8	.4	-.9	-.3	1.1
1961	47.0	.5	-.7	-.5	1.7
1965	48.0	.6	-.9	-.1	.6
1969	48.7	1.1	-1.3	-1.8	1.1
1972	47.6	1.8	-1.3	-3.1	1.9
1976	48.1	1.3	-.7	-4.0	-3.0
1980	48.3	2.2	-.9	-3.7	-12.1
1983	48.0	1.6	.0	-.7	-13.3
1987	48.3	2.9	-.2	-.9	-11.8
1990	48.9	3.2	-1.6	-1.0	-8.9

Tabelle 7: Dynamische Analyse der Nettoeffekte

Nettoeffekt der Alterung der Wiederholungswähler gegenüber Vorwahl: Insgesamt

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	.2	-.3	.0	.0
1957	.3	-.3	.0	.0
1961	.3	-.3	.0	-.1
1965	.3	-.3	.0	-.1
1969	.2	-.2	.0	.0
1972	.4	-.4	.0	.0
1976	.3	-.3	.0	.0
1980	.3	-.3	.0	.0
1983	.2	-.2	.0	.0
1987	.3	-.3	.0	.0
1990	.2	-.2	.0	.0
1953-1969	1.1	-1.1	.1	-.2
1969-1990	1.7	-1.7	.0	.2
1953-1990	2.8	-2.8	.1	.0

Nettoeffekt der Alterung der Wiederholungswähler gegenüber Vorwahl: Männer

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	.2	-.2	.1	-.1
1957	.2	-.2	.1	-.1
1961	.2	-.3	.1	-.1
1965	.2	-.2	.1	-.1
1969	.2	-.2	.0	.0
1972	.3	-.3	.1	.0
1976	.2	-.2	.0	.0
1980	.2	-.3	.0	.0
1983	1	-.2	.0	.0
1987	.2	-.2	.0	.0
1990	.2	-.2	.0	.0
1953-1969	.8	-.9	.2	-.2
1969-1990	1.1	-1.4	.2	.2
1953-1990	1.9	-2.3	.4	-.1

Fortsetzung Tabelle 7

Nettoeffekt der Alterung der Wiederholungswähler gegenüber Vorwahl: Frauen

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1953	.3	-.3	.0	.0
1957	.3	-.3	.0	.0
1961	.4	-.3	.0	.0
1965	.3	-.3	.0	.0
1969	.3	-.2	.0	.0
1972	.5	-.5	.0	.0
1976	.3	-.3	.0	.0
1980	.3	-.3	.0	.0
1983	.2	-.2	.0	.1
1987	.3	-.3	.0	.0
1990	.2	-.2	.0	.0
1953-1969	1.3	-1.1	.0	-.1
1969-1990	1.8	-1.9	-.1	.2
1953-1990	3.1	-3.0	-.1	.1

Nettoeffekt des Zugangs/Abgangs von Wählern: Insgesamt

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.4	.3	-.1	-.6
1961	.5	.4	.0	-.9
1965	.0	.2	-.1	-.1
1969	.2	.1	.0	-.3
1972	-.6	.7	.0	-.1
1976	-.4	.3	.0	.1
1980	-.5	.2	.0	.3
1983	-.4	.3	.0	.1
1987	-.5	.1	.0	.4
1990	-.5	-.1	.0	.5
1953-1969	1.1	1.0	-.3	-1.9
1969-1990	-3.0	1.6	.0	1.2
1953-1990	-1.9	2.6	-.2	-.7

Fortsetzung Tabelle 7

Nettoeffekt des Zugangs/Abgangs von Wählern: Männer

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.5	.4	-.2	-1.0
1961	.4	.4	-.2	-1.0
1965	.2	.3	.0	-.8
1969	.2	.1	.0	-.2
1972	.5	.5	-.1	-.7
1976	-1.4	.4	.0	.9
1980	-.5	.2	.0	.3
1983	-.4	.2	.0	.3
1987	-.4	.1	.0	-.1
1990	-.5	-.3	.0	.7
1953-1969	1.2	1.1	-.4	-3.1
1969-1990	-2.7	1.2	-.1	1.3
1953-1990	-1.5	2.3	-.5	-1.7

Nettoeffekt des Zugangs/Abgangs von Wählern: Frauen

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.3	.3	-.1	-.2
1961	.3	.2	.0	-.7
1965	.1	.1	.0	.5
1969	.3	.1	.0	-.4
1972	-.7	.7	.0	-.5
1976	-.2	-.3	.0	.0
1980	-.7	.3	.0	.4
1983	-.3	.4	.0	-.2
1987	-.5	.2	.0	.7
1990	-.6	.0	.0	.6
1953-1969	1.1	.8	-.2	-.8
1969-1990	-3.0	1.8	.1	1.1
1953-1990	-1.9	2.5	-.1	.2

Fortsetzung Tabelle 7

Saldierter Nettoeffekt von Zugang, Abgang und Alterung: Insgesamt

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.7	.1	-.1	-.7
1961	.8	.1	.0	-.9
1965	.3	-.1	-.1	-.1
1969	.4	-.1	.0	-.4
1972	-.2	.3	.1	-.1
1976	-.2	.0	.0	.2
1980	-.2	-.1	.0	.3
1983	-.2	.1	.0	.1
1987	-.2	-.2	.0	.4
1990	-.2	-.3	.0	.5
1953-1969	2.2	-.1	-.1	-2.1
1969-1990	-1.3	-.1	.0	1.3
1953-1990	.9	-.2	-.1	-.7

Saldierter Nettoeffekt von Zugang, Abgang und Alterung: Männer

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.7	.1	-.1	-1.1
1961	.6	.2	-.1	-1.1
1965	.4	.0	.1	-.9
1969	.3	-.1	.0	-.2
1972	.8	.2	.0	-.7
1976	-1.3	.2	.0	1.0
1980	-.3	-.1	.0	.4
1983	-.2	.1	.0	.3
1987	-.2	-.1	.0	-.1
1990	-.4	-.5	.0	.7
1953-1969	2.0	.2	-.2	-3.3
1969-1990	-1.6	-.2	.1	1.5
1953-1990	.4	.1	-.1	-1.8

Fortsetzung Tabelle 7

Saldierter Nettoeffekt von Zugang, Abgang und Alterung: Frauen

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1957	.6	.0	-.1	-.2
1961	.7	-.1	.0	-.7
1965	.4	-.2	.0	.4
1969	.6	-.1	.0	-.4
1972	-.2	.3	.0	-.4
1976	.1	.0	.0	.1
1980	-.4	-.1	.0	.5
1983	-.1	.1	-.1	-.2
1987	-.2	-.2	.0	.8
1990	-.3	-.3	.0	.6
1953-1969	2.3	-.4	-.1	-.9
1969-1990	-1.1	-.1	-.1	1.3
1953-1990	1.2	-.5	-.2	.4

benszyklus dadurch bestimmt, daß der mittlere Alterseffekt bei Gewichtung durch die Zahl der Wähler jedes Lebensalters nur für diejenigen berechnet wurde, die bereits bei der vorherigen Wahl wahlberechtigt waren. Wenn also eine Wahl z.B. 3,6 Jahre von der vorherigen entfernt war, dann wurden bei der Berechnung des mittleren Alterseffekts die niedrigsten 3,6 Lebensaltersstufen ausgeschlossen.

Der Nettoeffekt des Zugangs bzw. Abgangs von Wählern läßt sich berechnen, indem man von der Gesamtveränderung gegenüber der Vorwahl diesen Alterseffekt subtrahiert, ferner den Unterschied in den Periodeneffekten bei beiden Wahlen. Den saldierten Nettoeffekt von einerseits Zugang bzw. Abgang und andererseits Alterung der "Wiederholungswähler" erhält man durch Addition der beiden demographischen Teileffekte. Diese drei Effekte sind in Tabelle 7 für jedes Wahljahr dargestellt sowie für die Perioden 1953-1969, 1969-1990 und den Gesamtzeitraum 1953-1990. Diesen Werten kann man entnehmen, daß die Alterung der "Wiederholungswähler" für die FDP und die sonstigen Parteien nie eine Rolle gespielt hat; das kann kaum überraschen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in beiden Fällen der Alterungseffekt zunächst in einer Zu- und später in einer Abnahme der Wahrscheinlichkeit entsprechender Stimmabgabe besteht (s. Abbildungen 7 und 8). Für die beiden großen Parteien ergibt sich aber ein ganz deutliches und gegenläufiges Muster dergestalt, daß die Unionsparteien durch das Fortschreiten im Lebenszyklus von Wahl zu Wahl hinzugewonnen haben, die SPD

kontinuierlich verloren hat. Für 1953 bis 1990 betragen die Gewinne der Unionsparteien und die Verluste der SPD je 2,8 Prozentpunkte.

Um die Gesamtwirkungen der demographischen Umschichtungen zu beurteilen, muß auch der Nettoeffekt des Zugangs von Neuwählern und des Ausscheidens älterer Wähler berücksichtigt werden. Für die FDP waren diese Effekte wiederum geringfügig, nicht jedoch für die anderen Parteien. Die SPD konnte dadurch von Wahl zu Wahl zulegen. Wie der dritte Teil der Tabelle 7 zeigt, wurden diese Gewinne jedoch mit schöner Regelmäßigkeit durch die Lebenszykluseffekte bei den Wiederholungswählern kompensiert. Die einzigen größeren Ausnahmen sind 1972, 1987 und 1990. 1972 traten durch die Ausweitung der Wahlberechtigung so viele Neuwähler in das Elektorat, daß ihre überdurchschnittliche Neigung zur SPD die Altersverluste klar überkompensierte. 1987 und 1990 war es genau umgekehrt. Durch Zustrom von Neuwählern gewann die SPD nur wenig, weil diese nämlich so zahlreich zu den Grünen gingen, daß die Altersverluste nicht kompensiert werden konnten. Insgesamt aber ist für die beiden Teilperioden und den Gesamtzeitraum für die SPD ein fast ausgeglichener Nettosaldo festzustellen.

Bei den Unionsparteien und den sonstigen Parteien ist das ganz anders. Bei ihnen liegt zwischen den sechziger und den siebziger Jahren ein klarer Bruch vor. Die sonstigen Parteien verloren im ersten Zeitraum durch den Zustrom von Neuwählern und das Ausscheiden älterer Wähler erheblich an Stimmen, während des zweiten Zeitraums legten sie dadurch zu. Hinter dem leicht negativen Saldo für die Gesamtperiode verbirgt sich, daß sie allein durch demographische Umschichtung bis 1969 über zwei Prozent der Wählerschaft verloren, während ihnen dadurch von 1969 bis 1990 ein Zuwachs um 1,3 Prozentpunkte beschert wurde. Für die Unionsparteien stellt sich der Nettoeffekt von Zugang und Abgang genau umgekehrt dar. Bis 1969 entstanden dadurch Stimmenzuwächse. Hier kamen neue Wählergruppen in die Wählerschaft, die in den dreißiger und vierziger Jahren geboren worden waren und überdurchschnittlich den Unionsparteien zuneigten, während weniger unionsfreundliche ältere Jahrgänge ausschieden. Alterungseffekte einerseits und Zugang bzw. Abgang andererseits verstärkten sich gegenseitig, so daß die Unionsparteien von 1953 bis 1969 2,2 Prozent der Wähler allein durch demographische Umschichtung hinzugewannen. Seit 1972 hat sich der Effekt von Zu- und Abgang für die Unionsparteien umgekehrt und er überkompensiert den Alterungseffekt seither kontinuierlich. Dementsprechend hat die CDU/CSU (bei einem über den Gesamtzeitraum leicht positiven Gesamtsaldo) von 1969 bis 1990 wieder 1,3 Prozent der Wähler durch demographische Umschichtung verloren. Bei Unterteilung nach dem Geschlecht ergeben sich keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse, es läßt sich allerdings festhalten, daß die geschilderten Effekte auf das Abschneiden der sonstigen Parteien und der Union bei Männern etwas kräftiger ausgeprägt waren als bei Frauen.

In Tabelle 8 sind diese Befunde umgerechnet in eine Zerlegung der Stimmengewinne bzw. -verluste der Parteien zwischen den einzelnen Bundestagswahlen in solche Veränderungen, die auf die beiden demographischen Effekte

Tabelle 8: Veränderungen der Stimmenanteile gegenüber der Vorwahl und Zerlegung in Periodeneffekte, Alterung der Wiederholungswähler und Zugang bzw. Ausscheiden von Wählern

Jahr	CDU/CSU				SPD			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(1)	(2)	(3)	(4)
1957	6.0	5.3	.3	.4	2.0	1.9	-.3	.3
1961	-4.0	-4.8	.3	.5	4.2	4.1	-.3	.4
1965	2.0	1.7	.3	.0	3.7	3.8	-.3	.2
1969	-1.3	-1.7	.2	.2	3.0	3.1	-.2	.1
1972	-1.4	-1.2	.4	-.6	3.5	3.2	-.4	.7
1976	3.4	3.6	.3	-.4	-3.0	-3.0	-.3	.3
1980	-4.0	-3.8	.3	-.5	.2	.3	-.3	.2
1983	4.5	4.7	.2	-.4	-4.6	-4.7	-.2	.3
1987	-4.7	-4.5	.3	-.5	-1.5	-1.2	-.2	-.1
1953-1969	2.7	.5	1.1	1.1	12.9	13.0	-1.1	1.6
1969-1990	-2.1	-.8	1.7	-3.0	-6.2	-6.1	-1.7	1.6
1953-1990	.6	-.3	.28	-1.9	6.7	6.9	-2.8	2.6

Jahr	FDP				Rest			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(1)	(2)	(3)	(4)
1957	-3.0	-2.9	.0	-.1	-.50	-4.3	.0	-.6
1961	4.9	4.9	.0	.0	-5.1	-4.2	-.1	-.9
1965	-3.5	-3.4	.0	-.1	-2.2	-2.1	-.1	-.1
1969	-3.8	-3.8	.0	.0	2.1	2.5	.0	-.3
1972	2.6	2.5	.0	.0	-4.7	-4.6	.0	-.1
1976	-.4	-.4	.0	.0	.0	-.2	.0	.1
1980	2.8	2.8	.0	.0	1.0	.7	.0	.3
1983	-3.9	-3.9	.0	.0	4.0	3.9	.0	.1
1987	2.0	2.0	.0	.0	3.5	3.1	.0	.4
1990	1.6	1.6	.0	.0	-.2	-.7	.0	.5
1953-1969	-5.4	-5.3	.1	-.3	-10.2	-8.1	-.2	-1.9
1969-1990	4.7	4.7	.0	.0	3.6	2.3	.2	1.2
1953-1990	-.7	-.6	.1	-.2	-6.6	-5.9	.0	-.7

(1) Veränderung gegenüber der Vorwahl insgesamt
(2) Periodeneffekt (durch demographische Umschichtung - (3) und (4) - nicht erklärt)
(3) Alterungseffekt bei Wiederholungswählern
(4) Wirkung des Zugangs und Abgangs von Wählern

zurückgeführt werden können, und sonstige Veränderungen, die also durch unterschiedliche Periodeneffekte bei je zwei aufeinanderfolgenden Wahlen entstanden sind. Diese letzteren Stimmenverschiebungen kann man als die Veränderung interpretieren, die sich ergeben hätte, wenn das Elektorat nicht gealtert und seine Kohortenzusammensetzung unverändert geblieben wäre. Aufgrund der geringen demographischen Effekte auf das Abschneiden der FDP sind die tatsächlichen und derart bereinigten Stimmengewinne bzw. -verluste dieser Partei stets fast identisch. Auch bei der SPD treten keine größeren Abweichungen auf, allerdings liegt das in diesem Fall nicht an der Abwesenheit demographischer Effekte, sondern an ihrer gegenseitigen Kompensation. Die wichtigste Ausnahme ist hier die Bundestagswahl von 1972. Die starken Gewinne der SPD von 3,5 Prozentpunkten gehen nicht ausschließlich auf das Konto der Auseinandersetzungen um die Ostpolitik, vielmehr führte die Senkung des Wahlalters zu einer Überkompensierung des Alterungseffekts, so daß sich ein bereinigter Stimmengewinn durch Periodeneffekte von nur noch 3,2 Prozentpunkten ergibt.

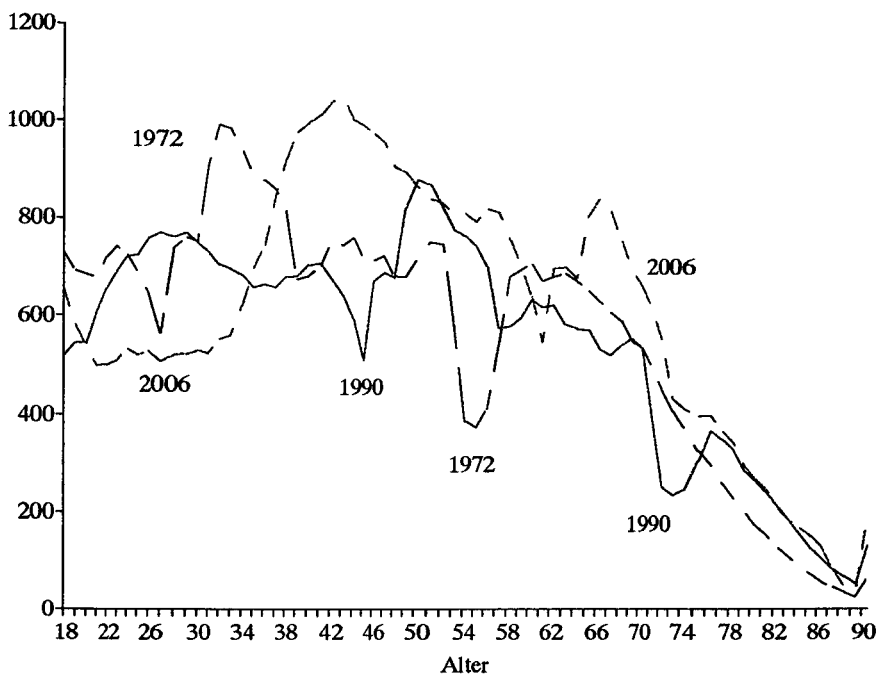
Stärker sind die Abweichungen zwischen den Gesamtveränderungen und den bereinigten Stimmengewinnen bzw. -verlusten bei den Unionsparteien und den sonstigen Parteien. Bis 1969 wirkten beide demographischen Effekte zugunsten der Union. Das bedeutet, daß ihre Gewinne bis zu dieser Wahl nach Bereinigung weniger eindrucksvoll aussehen als die Gesamtveränderungen anzeigen; wenn sie in diesem Zeitraum verlor, dann waren diese Verluste in Wirklichkeit stärker. Seit 1972 ist das umgekehrt, weil die CDU/CSU nun den Saldo der demographischen Effekte gegen sich hat. Periodenspezifische Stimmengewinne werden also durch die Gesamtveränderungen unterschätzt, Stimmenverluste werden übertrieben. Genau umgekehrt verhält es sich bei den sonstigen Parteien. Bei den ersten Bundestagswahlen verringerte sich ihr Stimmenanteil nicht nur deshalb, weil sie im Vergleich zu CDU/CSU, SPD und FDP immer mehr an Attraktion verloren, sondern in nicht unerheblichem Umfang auch deshalb, weil die demographischen Faktoren gegen sie sprachen, weil insbesondere die nachwachsenden Wählergenerationen sich von ihnen abwandten. Umgekehrt überzeichnen bei den Bundestagswahlen seit 1980 die Gesamtgewinne der sonstigen Parteien ihre periodenspezifische Attraktivität, weil ein beträchtlicher Anteil dieser Gewinne auf die demographische Umschichtung der Wählerschaft zurückzuführen ist. Unter diesem Aspekt waren die Verluste der Grünen 1990 in Wirklichkeit noch gravierender als es in der puren Differenz zu 1987 zum Ausdruck kommt.

7. Von der dynamischen Analyse zur Prognose

Aufgrund dieser Ergebnisse ist es möglich, die Auswirkungen der demographischen Umschichtung auf künftige Bundestagswahlen hochzurechnen. Eine

"naive" Prognose würde einfach den saldierten demographischen Nettoeffekt bei den letzten Wahlen in die Zukunft projizieren. Das Ergebnis wäre die Vorhersage, daß die Unionsparteien bei künftigen Bundestagswahlen (in den "alten" Ländern) durch die demographische Umschichtung (also *ceteris paribus*) Stimmenanteile verlieren und die sonstigen Parteien Stimmenanteile hinzugewinnen werden, während für SPD und FDP kaum nennenswerte Konsequenzen entstehen.

Abbildung 11: Wähler 1972, 1990 und 2006 nach Alter (in 1000)



Eine solche "naive" Prognose ignoriert jedoch, daß wir die altersmäßige Zusammensetzung der Wählerschaft bei zukünftigen Bundestagswahlen bereits jetzt halbwegs zuverlässig abschätzen können. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1990 waren die Wahlberechtigten der - bei normaler Länge der Legislaturperioden - bis einschließlich 2006 stattfindenden Bundestagswahlen bereits geboren. Unter der Annahme, daß die Mortalität in den einzelnen Altersjahrgängen während einer Legislaturperiode so bleiben wird wie zwischen den Jahresendständen 1986 und 1990, lassen sich die Zahlen der Wahlberechtigten in den einzelnen Lebensaltersstufen ohne weiteres bis zum Jahr 2006 hochrechnen. Nimmt man ferner an, daß die Wahlbeteiligung in den einzelnen Lebensaltersstufen so bleiben wird wie bei

der Bundestagswahl 1990, kann man auch die Altersstruktur der Wähler bis zu diesem Jahr prognostizieren. Dabei muß man natürlich annehmen, daß die Altersstruktur nicht durch größeren Zuzug von Wahlberechtigten in das "alte" Bundesgebiet verändert wird. Das Ergebnis dieser Projektion der Zahl der Wähler in den einzelnen Altersstufen ist in Abbildung 11 wiedergegeben und den Verteilungen von 1972 und 1990 gegenübergestellt. Man sieht dabei deutlich, daß Anfang des nächsten Jahrtausends im Vergleich zu diesen früheren Wahlen deutlich weniger Neuwähler und andererseits erheblich mehr ältere Wähler vorhanden sein werden. In Tabelle 9 ist diese Entwicklung in drei Kennzahlen zusammengefaßt. Während das mittlere Lebensalter der Wahlberechtigten sich von 1972 bis 1987 nur geringfügig verändert hat (s. Tabelle 6), wird es bei den Wahlen bis 2006 kontinuierlich ansteigen. Gleiches gilt für das Durchschnittsalter der Wähler. Umgekehrt wird der Anteil der Neuwähler bis zur Bundestagswahl 1998 deutlich abnehmen, um sich dann bei um fünf Prozent einzupendeln.

Tabelle 9: Altersstruktur von Wahlberechtigten und Wählern bis 2006

Jahr	Durchschnittsalter der wahlberechtigten Wähler	Durchschnittsalter der Wähler	Anteil der Erstwähler (%)
1990	46.2	47.3	5.6
1994	46.9	47.9	4.3
1998	47.6	48.5	4.4
2002	48.2	49.0	4.7
2006	48.6	49.4	5.1

Es versteht sich von selbst, daß eine Prognose, welche diese Veränderungen der Altersstruktur einbezieht, zu ganz anderen Ergebnissen kommen kann als eine "naive" Fortschreibung bisheriger Trends. Um die Auswirkungen der demographischen Umschichtungen auf die einzelnen Parteien abzuschätzen, benötigt man natürlich Annahmen über die Form des Alterseffekts und des Effekts von Zugang und Abgang bei den zukünftigen Bundestagswahlen. Um zu einer Prognose zu gelangen, wurde unterstellt, daß die Alterseffekte in den Jahren 1994 bis 2006 genauso aussehen wie 1990. Angesichts der Tatsache, daß die Zeitabhängigkeit des Alterseffekts sich als ziemlich gering erwiesen hat, ist dies keine unrealistische Annahme. Für die Auswirkungen des Zugangs von Neuwählern und des Ausscheidens älterer Wähler wurde angenommen, daß sie so bleiben werden wie im Mittel der Bundestagswahlen 1972 bis 1990, wobei allerdings durch den Neuwähleranteil bei der jeweils zu prognostizierenden Wahl im Vergleich zum mittleren Neuwäh-

leranteil 1972 bis 1990 gewichtet wurde, denn sinkende Neuwähleranteile führen natürlich zu einer Abmilderung dieses Effekts.

Tabelle 10: Prognose der Nettoeffekte bis 2006

Nettoeffekt der Alterung der Wiederholungswähler gegenüber Vorwahl

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1990	.2	-.2	.0	.0
1994	.3	-.3	.0	.0
1998	.4	-.4	.0	.0
2002	.5	-.4	.0	-.1
2006	.7	-.5	.0	-.2
1990-2006	1.8	-1.6	.0	-.3

Nettoeffekt des Zugangs und Ausscheidens von Wählern gegenüber Vorwahl

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1990	-.5	-.1	.0	.5
1994	-.3	.2	.0	.1
1998	-.3	.2	.0	.1
2002	-.3	.2	.0	.1
2006	-.4	.2	.0	.1
1990-2006	-1.3	.8	.0	.4

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1990	-.5	-.1	.0	.5
1994	-.3	.2	.0	.1
1998	-.3	.2	.0	.1
2002	-.3	.2	.0	.1
2006	-.4	.2	.0	.1
1990-2006	-1.3	.8	.0	.4

Fortsetzung Tabelle 10

Saldierter Nettoeffekt Zugang, Abgang und Alterung gegenüber Vorwahl

Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	Rest
1990	-.2	-.3	.0	.5
1994	.0	-.1	.0	.1
1998	.1	-.2	.0	.1
2002	.2	-.2	.0	.0
2006	.3	-.3	.0	-.1
1990-2006	.7	-1.0	.0	.2

Das Ergebnis dieser Prognose (Tabelle 10), die ansonsten völlig analog zur Vorgehensweise bei der Ermittlung der Nettoeffekte in Tabelle 7 erarbeitet wurde, weicht in der Tat erheblich von der "naiven" Projektion ab. Für die FDP ergeben sich wiederum keinerlei Konsequenzen der demographischen Umschichtung. Bei den Unionsparteien zeigt sich, daß die Alterung der Wählerschaft den Trend der letzten zwei Jahrzehnte zum Stillstand bringen und dann umkehren wird. Der Alterungseffekt zugunsten der CDU/CSU wird immer stärker werden und den negativen Effekt der Einführung von Neuwählern in das Elektorat zunehmend überkompensieren. Im Vergleich zu 1990 werden die Unionsparteien 1994 aufgrund der demographischen Umschichtung auf dem gleichen Stand bleiben, also erstmals seit 1972 nicht mehr im Saldo verlieren. Anschließend werden sie durch den starken Alterungseffekt und die dünner besetzten Neuwählergruppen wieder zulegen - und zwar 0,7 Prozentpunkte von 1994 nach 2006. Sollten aufgrund weiter steigender Lebenserwartung ältere Wähler noch länger im Elektorat verbleiben, was nicht unwahrscheinlich ist, verbessern sich die Zukunftsaussichten der Union weiter.

Entgegen der "naiven" Projektion werden die Verlierer durch die demographische Umschichtung nicht die Unionsparteien sein, sondern die Sozialdemokraten. Auch für sie wird der Alterungseffekt stärker werden, aber eben zu ihren Ungunsten. Dies wird angesichts der zunehmenden Alterung des Elektorats und kleinerer Neuwählergruppen die Gewinne bei diesen zunehmend überkompensieren, so daß die SPD allein aufgrund der demographischen Entwicklung von 1990 nach 2006 ein Prozent der Stimmen einbüßen wird. Steigende Lebenserwartung würde die Perspektive für die SPD weiter verdüstern. Zu den Gewinnern dieser Verluste der SPD werden in geringem Umfang auch die sonstigen Parteien zählen.

Diese Prognose erlaubt eine teilweise und mittelfristige Antwort auf die Frage, welcher Partei "die Zukunft" eher gehören wird. Darüber, ob eine Partei bei einer bestimmten Wahl die "richtigen" Themen und den "richtigen" Kandidaten haben

wird, kann sie natürlich gar nichts aussagen. Sie zeigt aber ganz deutlich, daß die Tatsache, von jüngeren Wählern und Neuwählern überdurchschnittlich gewählt zu werden, den Schluß überhaupt nicht hergibt, deshalb werde man in Zukunft auch wieder besser bei Wahlen abschneiden. Daß die Sozialdemokraten schon seit langem junge Wähler und Neuwähler relativ gesehen besser ansprechen als die Unionsparteien, ist unstrittig. Aufgrund des für sie negativen Alterungseffekts, der zunehmenden Alterung des Elektorats und der zurückgehenden Neuwähleranteile wird die SPD aber dennoch der Hauptverlierer der in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten anstehenden demographischen Entwicklung im "alten" Bundesgebiet sein, die Union wird davon vor allem profitieren.

8. Schlußbemerkungen

Das einmalige Instrument der repräsentativen Wahlstatistik ermöglicht es, die langfristigen Konsequenzen demographischer Veränderungen für die Wahlchancen der einzelnen Parteien präzise abzuschätzen. Da es sich nicht um Umfragedaten handelt, Stichprobenfehler also keine Rolle spielen, führt ihre Auswertung zu Ergebnissen von hoher Genauigkeit. Die vorliegende Studie kann in vielerlei Hinsicht fortgeführt und ergänzt werden. So bietet es sich etwa an, die hier nur nach Geschlecht differenzierte Analyse getrennt für die einzelnen Bundesländer vorzunehmen, um regionalen Abweichungen von den dargestellten Mustern auf die Spur zu kommen. Ferner liegt es auf der Hand, die Analyse nach jeder Bundestagswahl zu aktualisieren; schließlich wird die Trennung von Alters- und Kohorteneffekten um so genauer geschätzt werden können, je mehr Beobachtungszeitpunkte vorliegen.

Genau hier ist aber durch die Vereinigung Deutschlands ein Problem entstanden. Für die Einbeziehung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 in diese Analyse kamen selbstverständlich nur die zehn alten Bundesländer in Frage; auch die "Prognose" gilt nur für dieses Teilgebiet Gesamtdeutschlands. Dabei wird es auch bleiben, bis mindestens sieben oder acht gesamtdeutsche Wahlen stattgefunden haben und die Möglichkeit besteht, die gesamtdeutsche repräsentative Wahlstatistik ab 1990 mit einer genügend hohen Anzahl von Beobachtungspunkten vergleichbar auszuwerten. Daß diese Form der Analyse auf eine längere Serie von Wahlen angewiesen ist, um zu sinnvollen Schätzergebnissen zu gelangen, ist auch der Grund dafür, daß hier kein Versuch gemacht wurde, über die Trennung von Alters- und Kohorteneffekten auf das Abschneiden der Grünen zu berichten. Auch hier muß der Erfolg der Partei noch über eine Reihe von Wahlen hinweg abgewartet werden, um solche Schätzungen erarbeiten zu können. Sollten sie aber nach dem Debakel vom 2. Dezember 1990 zukünftig wieder praktisch vollständig in der Versenkung verschwinden, wäre diese Fragestel-

lung damit auch beantwortet, denn es wäre evident, daß sie ihr zweimaliges Einziehen in den Deutschen Bundestag vorwiegend Periodeneffekten verdankten.

Literatur

- Converse, Philip E., *The Dynamics of Party Support: Cohort Analyzing Party Identification*, Beverly Hills: Sage 1976.
- Glenn, Norval D., Cohort Analysis, in: *Quantitative Applications in the Social Sciences*, Nr. 5, Beverly Hills: Sage 1977.
- Hofmann-Göttig, Joachim, *Die jungen Wähler: Zur Interpretation der Jungwählerdaten der "Repräsentativen Wahlstatistik" für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953-1984*, Frankfurt a.M./New York: Campus 1984.
- Jesse, Eckhard, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 6/1975, S. 310-322.
- Jesse, Eckhard, Die Bundestagswahlen von 1972 bis 1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 18/1987, S. 232-242.
- Mason, William M./Stephen E. Fienberg (Hrsg.), *Cohort Analysis in Social Research*, New York: Springer 1985.
- Metje, Matthias, Die Beteiligung von Frauen und Männern an Bundestagswahlen: Eine Untersuchung der Alters- und Generationseffekte, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22/1991, S. 358-376.
- Rattinger, Hans/Dieter Ohr, Wahlprognosen in einer Welt ohne Stichprobenfehler: Analytische Überlegungen und empirische Befunde, in: Jürgen W. Falter/Hans Rattinger/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M.: Lang 1989, S. 282-331.
- Statistisches Bundesamt, *Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter*, Stuttgart: Metzler-Poeschel 1991.